

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

ersch. täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 55 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Senfkraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

### Die Arbeiterfrage in Nordamerika.

Etwa um dieselbe Zeit, da Herr von Puttkamer seinen bekannten Erlaß in Bezug auf die Arbeitseinstellungen in die Welt schickte, hat der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Herr Cleveland, eine Botschaft an den Kongreß in Washington gerichtet, welche sich mit der Arbeiterfrage beschäftigt. Der Unterschied zwischen diesen beiden Staats-Aktionen ist sehr auffallend. Bekanntlich nehmen die Arbeitseinstellungen in der nordamerikanischen Union einen weit andern Charakter an, als in Deutschland. In der Union gibt es eine Menge von großen Arbeiterorganisationen, die gebildet worden sind, um bei Streiks die Mittel zum Widerstand und zur Ausdauer zu beschaffen und ihnen als Stützpunkt zu dienen. Diese Organisationen haben einen Umfang, wie er in Deutschland nicht erlangt worden ist. Während es in Deutschland nur einzelne Arbeitergruppen sind, die das Mittel der Arbeitseinstellung anwenden, nehmen in Amerika auch Beamtenkategorien keinen Anstand, von diesem Mittel Gebrauch zu machen. In Deutschland laufen die Streiks meistens friedlich ab; selten kommen Gewaltthatigkeiten vor, während es in der Union schon Arbeitseinstellungen gegeben hat, die alle Verhältnisse umzuwerfen drohten. Man erinnere sich nur an den großen Eisenbahnstreik im Jahre 1878! Wenn nun der Präsident Cleveland nach dem Muster des Herrn von Puttkamer verfahren wollte und wenn man dabei in Erwägung zieht, wie viel umfangreicher und eingreifender die nordamerikanischen Streiks sind, als die deutschen, so müßte er mindestens vorschlagen, ein Heer von 100 000 Mann speziell gegen die streikenden Arbeiter auszurufen und ins Feld rücken zu lassen. Was hat aber Cleveland in Wahrheit vorgeschlagen? Ein offizielles Schiedsgericht einzusetzen, das aus Beamten besteht, und die Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern „regeln“ soll. Dieser Vorschlag ist weder neu, noch besonders bedeutend, aber er trägt einen eminent friedlichen Charakter und wird, wenn ausgeführt, zum Mindesten die Differenzen zwischen den streikenden Theilen nicht vergrößern.

Man sieht, die Auffassung der beiden Staatsmänner von der Sache ist eine grundverschiedene. Herr von Puttkamer wird ohne Zweifel das Verfahren des Präsidenten Cleveland etwas leichtfertig finden von seinem Standpunkt aus. Aber warten wir erst die Erfahrungen ab, die Cleveland mit seiner Taktik macht. Wir sind von vornherein überzeugt, daß sie im Allgemeinen durchaus erfreulich sein werden.

Die Stellung der Regierungen zu den Arbeitseinstellungen ist immer eine eigenthümliche gewesen. Reist be-

schränkten sie sich darauf, dem Verlauf solcher Aktionen ruhig zuzusehen; kamen Tumulte vor und es ward Militär verlangt, so ward es bereitwilligst gegeben. Aber wir meinen, daß darin die Aufgabe des Staats, resp. der Regierungen gegenüber den Arbeitseinstellungen nicht bestehen kann. Man erinnere sich, daß vor Jahren ein großer Streik der Weber in Greiz stattfand. Damals bewog, wenn wir recht unterrichtet sind, der Fabrikinspektor die Regierung, eine Vermittelung zu versuchen, und sie gelang auch, wenn auch in diesem Falle nicht gerade zu Gunsten der Arbeiter. Aber man kam doch dahin, daß die Beschwerden der Arbeiter von den Behörden untersucht und als berechtigt anerkannt wurden. Dies ist von großer Wichtigkeit, da es sich bei den Arbeitseinstellungen gar nicht immer um Lohn-differenzen, sondern auch häufig um Verkürzung der Arbeitszeit, um sanitäre Maßnahmen und dergleichen handelt. Wenn ein solches Schieds-Gericht, wie es Cleveland vorschlägt, von Bedeutung werden soll, so gehört auch eine entsprechende Arbeiter- und Fabrikgesetzgebung dazu. Cleveland hat eine Gesetzgebung in Bezug auf die Arbeiterfrage empfohlen. Leider hat er nicht vertragen, wie er sich eine solche Gesetzgebung denkt, sondern er hat nur gesagt, daß er sie auf alle Fälle für sehr schwierig halte. Das ist allerdings nichts Neues. Aber gerade darauf, welche Grundzüge die neue Arbeitergesetzgebung haben soll, kommt es eben an.

Indessen zweifeln wir auch nicht, daß bei den Yankees, die in der großen Union dominiren, eine wahrhaft arbeitserfreundliche Gesetzgebung auf den energichsten Widerstand stoßen wird. Nirgends ist das Manchestertum so sehr in die Praxis übergegangen, als in Nordamerika, und vor einem staatlichen Eingriff in die sogenannte wirtschaftliche Freiheit scheut sich Niemand mehr als der Amerikaner. Ob Herr Cleveland den Muth haben wird, einen zehnstündigen Normalarbeits-tag vorzuschlagen? Und ob eine solche Maßregel nicht unter dem Brüllen und Stampfen „entrüsteter“ Yankees abgewiesen werden wird?

Die Union könnte mit dem Beispiel einer guten Arbeitergesetzgebung vorangehen — ob es aber geschehen wird? Wir wünschen es selbstverständlich, können es aber leider noch nicht glauben.

### Politische Uebersicht.

Die Branntweinsteuervorlage nimmt folgende Ränge an. Die Einführung der Konsumsteuer im ersten Jahre mit 40 Pf. setzt bei einem angenommenen Ertrage von 90 Mill. Mark einen Konsum von nur 2 250 000 Hektoliter voraus. Somit würde im ersten Jahre ein Rückgang von 250 000 Hektoliter eintreten. Bei der Erhöhung der Konsumsteuer im zweiten

Jahre auf 80 Pf. und einem Ertrage von 160 Millionen Mark ist ein Konsum von nur 2 Millionen Hektoliter vorausgesetzt. Es findet also im zweiten Jahre eine weitere Verminderung des Konsums um 250 000 hl statt. Endlich im dritten Jahre bedingt bei einer Steuer von 1,20 Mark ein Ertrag von 210 Millionen Mark einen Konsum von nur 750 000 hl, also einen weiteren Rückgang um nochmals 250 000 hl. — Die Branntweinhandler und Schankwirthe werden große Verluste zu erwarten haben. Nach der Steuervorlage sind zur Zahlung der Konsumsteuer (1,20 Mark pro Liter) diejenigen Personen verpflichtet, welche ein Verkaufsgeschäft betreiben, aus welchem Branntwein unmittelbar an Verbraucher im Gebiete der Branntweinsteuergemeinschaft veräußert wird. Außerdem haben diejenigen, welche Branntwein bereiten oder damit Handel treiben, die Verbrauchsabgabe für den in ihrem Haushalt verbrauchten Branntwein zu entrichten. Die Verkäufer haben den Branntwein, welchen sie bereiten oder von anderen beziehen, bei oder unmittelbar nach der Aufnahme auf das Lager in ein Steuerbuch einzutragen. Der allmonatlich auf Grund des Steuerbuches festzustellende Abgabebetrag ist spätestens am letzten Tage des dritten, auf die Anschrift des Geschäftes von der Stellung einer Sicherheit abhängig gemacht werden. Die Frachtbriefe, Steuerquittungen etc. sind zwei Jahre lang aufzubewahren und der Steuerbehörde auf deren Verlangen vorzulegen. Die Steuerbeamten sollen außerdem befugt sein, die Aufbewahrungsräume von 8 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends zu besuchen und dort Ermittlungen vorzunehmen. — Die Anlage neuer Brennereien soll bekanntlich in Zukunft nicht mehr gestattet, sondern seitens der Behörden von dem Bedürfnis abhängig gemacht werden. Dazu bemerkt der „Westf. Merkur“ sehr richtig: „Den Brennereien, welche jetzt zufällig bestehen, ein Monopol für die Branntwein-Versorgung Deutschlands zu geben und die bisher nicht mit Brennereien versehenen Gegenden grundsätzlich des Rechts auf diese Industrie zu berauben, widerspricht doch allen geltenden Begriffen von Gemeinwohl und Rechtsgleichheit. Am allerwenigsten ist es zu ertragen, daß es in das Ermessen der Regierung gelegt wird, ob Personen oder Ortschaften die Vortheile dieser Industrie erhalten oder entbehren sollen; zum mindesten müßte diese Entscheidung einem unparteiischen Selbstverwaltungsorgan zugewiesen werden, und es müßte Vorkehrungen getroffen werden, daß die einzelnen Landestheile gleiche Chancen haben; denn sonst läuft die Sache auf eine Bevorzugung des Kartoffelschnapsbrennenden Ostens von Preußen hinaus, und einer der verwerflichsten Zwecke des Monopols würde auf diesem Umwege wiederum erreicht.“ — Daß Süddeutschland von den Segnungen der neuen Steuer ausgeschlossen werden soll, wird auch seine Unannehmlichkeiten haben. Wie jetzt bekannt geworden ist, soll nach Einführung der Branntwein-Konsumsteuer eine Uebergangsabgabe von dem aus Bayern, Baden und Württemberg nach Norddeutschland eingeführten Branntwein erhoben werden von 150 M. per 100 Hilo. In den beiden Ueber-

### Feuilleton.

#### Eine Mutter.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

(Fortsetzung)

„Du willst wieder fort, George?“ sagte die Mutter. „Ja, Mama — heute Abend sehen wir uns doch bei Volten; nicht wahr, Ihr kommt auch hin?“ „Ich weiß es noch nicht, mein Sohn,“ erwiderte die Gräfin — „ich habe etwas Kopfschmerz — aber vielleicht doch.“ „Du bist gar nicht mehr zu Hause, George,“ bemerkte der Vater, „man bekommt Dich wirklich nur noch beim Essen zu sehen.“ „Ja, besser Vater,“ lachte George, „ich habe jetzt drei Pferde zureiten, und das kann ich doch nicht hier im Park thun. Der Fingal macht mir am meisten zu schaffen.“ „Aber es ist ein vortreffliches Pferd,“ nickte der Vater, „Du hast da einen guten Kauf gemacht, halte ihn nur auch gut.“ „Wie meinen Augapfel, Papa,“ lachte der junge Mann. „Also auf Wiedersehen in der Stadt!“ und war im nächsten Augenblick verschwunden. Paula blieb mit ihren Eltern allein im Zimmer, denn Mademoiselle Beauteemps trank keinen Kaffee und benutzte diese kurze Zeit stets, um in ihrem Zimmer ein Viertelstündchen Siesta zu halten, worin sie Paula niemals störte. Sie wollte jetzt ebenfalls das kleine, freundliche Gemach verlassen, als der Vater, der mit auf den Rücken gelegten Händen auf und ab gegangen war, leise sagte: „Paula!“ „Rein Vater!“ „Ich und Deine Mutter möchten ein paar Worte mit Dir reden.“ „Mit mir, Vater?“ „Ja, mein Kind,“ sagte der alte Herr, indem er vor-

ihren stehen blieb, ihr leise mit der rechten Hand das Kinn emporschob und freundlich fortfuhr: „Sieh, mein Schatz, Du bist nun schon vor zwei Monaten siebenzehn Jahre alt geworden und — eben kein Kind mehr.“ „Mademoiselle Beauteemps betrachtet mich aber noch als ein solches,“ sagte fast unbewußt Paula, denn ein schmerzhaftes, gleichsam eisiges Gefühl schnürte ihr in dem Augenblicke beinahe die Brust zusammen. Sie ahnte, was folgen würde. „Mademoiselle Beauteemps...“ sagte der Vater rasch, brach aber kurz ab, hustete und lächelte still vor sich hin. „Nun, Du wirst nicht mehr lange mit ihr geplagt werden, Kind,“ fügte er dann mit trockenem Humor hinzu, „und was ich eben jetzt mit Dir reden wollte — das heißt ich und Deine Mutter —, soll gerade dazu dienen, Dich von ihr frei zu machen.“ „Rein lieber Vater!“ flüsternte Paula und warf einen Blick nach der Mutter hinüber, die am Fenster stand, mit einer kleinen Scheere ein paar abgeblähte Rosen von einem Stoch schnitt und die Blätter hinausstreute. „Versteht Du, was ich meine?“ „Rein, mein Vater,“ hauchte das junge Mädchen. „Und doch siehst Du beinahe so aus, als ob Du es verstandenest,“ lächelte der alte Herr. „Aber ich will mich kurz fassen, mein Kind, denn große Umschweife sind unter uns ja doch nicht nöthig. Ich frage Dich also geradeaus, mein Herz, hast Du noch nicht daran gedacht, Dir einen Lebensgefährten auszusuchen?“ „Rein lieber, lieber Vater!“ „Aber, George,“ sagte die Gräfin kopfschüttelnd, „Du fällst doch auch wohl da ein klein wenig zu sehr mit der Thür ins Haus. Das ist kaum eine diskrete Frage für ein junges Mädchen, die das überhaupt auch wohl ihren Eltern überlassen wird.“ „Ich weiß nun gerade nicht,“ lächelte der alte Herr, „ob Paula damit so recht einverstanden sein würde. Aber eben weil ich glaube, daß sich unsere Gedanken auf halbem Wege begegnen, habe ich so direkt gefragt, denn ich bin überzeugt, ich schreie nicht weit vorbei, wenn ich vermüthe, daß Du den jungen Grafen Volten gern hast — wie,

Schatz? Er ist wenigstens auf allen Vällen Dein unermüdlischer Länger, und das Bielliebchen, das Du neulich mit ihm gegessen — nun, Du brauchst nicht bis hinter die Ohren roth zu werden, meine Puppe — wir sind Alle nicht besser gewesen, als wir jung waren.“ Ueber Paula's Stirn und Wangen hatte sich allerdings im ersten Augenblicke tiefe Röthe ergossen, im nächsten Moment aber schon schoß das Blut wie in einem Strom zum Herzen zurück und ließ ihr Anlich todtensüßlich, während sie leise, aber fest sagte: „Du irrst Dich, Vater — ich liebe den jungen Grafen nicht.“ „Nicht?“ „Du liebst ihn nicht?“ wiederholte aber auch die Mutter und drehte sich rasch und wie erstaunt der Tochter zu. „Und das sagt das Mädchen mit einer solchen Bestimmtheit, als ob damit die ganze Sache abgemacht und beseitigt wäre!“ „Der Vater hat mich gefragt, Mama,“ und er verlangt ja doch Wahrheit von mir.“ „Das allerdings, mein Herz,“ sagte der alte Herr ruhig, während sein Blick forschend an dem Anlich der Tochter hing, „die verlangt er in der That — aber kannst Du mir einen Grund angeben?“ „Und wäre es Liebe, Vater, wenn man einen Grund dafür nennen könnte?“ „Om,“ sagte der alte Herr, dadurch selber in Verlegenheit gebracht, „Du scheinst Nutzen aus Deiner Verleugung zu haben, mein Köpferchen. Die Sache ist denn aber doch zu ernsthafter Natur, um ihr durch ein Wortspiel auszuweichen; so höre denn, was ich Dir darüber zu sagen habe. Ueber die Familie Volten selber brauchte ich kein Wort zu verlieren; wir haben sie alle gern und sind lange, lange Jahre damit befreundet — wie geachtet und geschätzt sie im ganzen Lande sind, weißt Du außerdem, und unser alter Name braucht sich wahrlich nicht zu schämen, neben dem ihrigen genannt zu werden. Gubert ist dabei ein junger, lebenswürdiger Mensch, talentvoll, gutmüthig, ein bischen aufbrausend zwar, aber das wird sich mit den Jahren geben, und außerdem der einzige Sohn. Daß er Dich gern hatte, habe ich — und ich muß gestehen, zu meiner Freude

gangjahre soll diese Uebergangsbahn 70 bezw. 110 M. betragen. Daraus erhellt schon, daß eine Grenzdemolition behufs Durchföhrung der Brantweinsteuer gegen Süddeutschland wird eintreten müssen, wie sie mit solcher Strenge kaum vor Errichtung des Zollvereins stattgefunden hat.

Die „National-Zeitung“ schreibt in einem leitenden Artikel über die Brantweinsteuer vorläufig: „Auf alle Fälle ist dagegen Widerspruch zu erheben, daß auch dieser neue Plan der Brantweinsteuer-Reform wieder zur Anwendung von Sondervortheilen an die Brenner zugestimmt wird, wie es anscheinend durch den Vorschlag einer Erhöhung der Exportbonifikation von 16 auf 21 Mark geschieht. Die Brantweinsteuer soll zur Befriedigung der Reichs- und Staatsbedürfnisse erhöht werden, nicht zur Subventionierung der Brenner.“ — Die „National-Zeitung“ glaubt ferner nicht an die staatsliche Einschränkung der Produktion und bemerkt von diesem Standpunkt aus sehr zutreffend: „Die Erhöhung der Steuer in drei Jahresraten (von 40 auf 80 und 120 Mark) scheint uns bedenklich. Wenn man durch einjährige Lagerung des Spiritus 40, durch zweijährige 80 Mark Steuer am Hektoliter gewinnen kann, so wird diese Ausfuhr im ersten der drei Jahre eine enorme Steigerung der Produktion veranlassen, durch welche die Reichskasse für die nächsten Jahre um große Summen kommen und die Kalamität der Ueberschüttung gestillt werden würde; denn die letztere ist bekanntlich leichter hervorzurufen, als einzuschränken.“

Eine Antwort, ebenso gerecht wie fein-ironisch, ertheilte jüngst der Fachverein der Metallarbeiter zu München dem Festkomitee für die König Ludwig-Gedenksteine, daß der Fachverein zur Mitwirkung an den Sammlungen aufgefordert hatte. Die Arbeiter schrieben folgenden Brief als Erwiderung auf die Zuschrift des Komitee's:

„Das schätzbare gedruckte Schreiben wurde in der letzten Vereinsversammlung vom Sonntag Vormittag, den 4. d. M., den anwesenden Mitgliedern bekannt gegeben. Diese debattirten darüber, die übereinstimmende Meinung aller war aber, daß der Verein, gewöhnt durch bittere Erfahrungen früherer Jahre, es unmöglich wagen könne, eine Sammlung vorzunehmen, die nach den Bestimmungen des Gesetzes doch absolut unzulässig ist. Unter allen Umständen sei zuvor das verehrte Central-Komitee um die gültige Auskunft angeben, ob es und im Interesse, doch offenbar gegenwärtigen Falle für unbedingte Straffreiheit zu garantiren im Stande sei oder ob es für den gegebenen Fall eine Aufhebung und Rechtsunmöglichkeit des einschlägigen Verbots erwirkt habe, so daß also hier erlaubt wäre, was sonst unter Androhung empfindlicher Strafen streng verboten ist? Dem geehrten Festkomitee wird es daher keine Ueberraschung sein, wenn ihm hierdurch der Beschluß des Metallarbeiter-Fachvereins ergebnis unterbreitet wird, daß der freundlichen Einladung insoweit eine Folge nicht gegeben werden kann, als nicht das verehrte Komitee die Güte hat, den Verein betreffs der vorstehend geäußerten berechtigten Bedenken ausreichend zu beruhigen. Außerdem wird noch darauf hingewiesen, daß der Verein durch Beitheiligung an der Feier sich noch der weiteren Gefahr aussetzt, geschlossen oder zum mindesten für „politisch“ erklärt zu werden, da Fachvereine sich gesetzlich nur um ihre internen Bedürfnisse und Fachinteressen kümmern dürfen. Gründen sich doch die von der königl. Polizeidirektion verfügten und von der k. Regierung bestätigten Schließungen dieser Fachvereine u. a. gerade darauf, daß die „rechtliche Würdigung“ jeweils ein Hinweggehen des Vereins über seinen ihm vom Gesetze aus Gnade begrenzten Thätigkeitsbereich ergab. Es ist doch wahrlich nicht anzunehmen, daß die k. Polizeidirektion hier speziell ein Auge zudrückte und gewöhnen ließe, was sie sonst so unerbitlich ahndet! Die k. Polizeidirektion weiß sehr gut, daß das Rechtsbewußtsein der Arbeiter sowie deren Hochachtung vor unsern staatlichen Organen durch nichts schlimmer erschüttert und gefährdet würde, als durch ein Doppelmaß, mit dem von den gesetzlich Aufsichtorganen die Thätigkeit der Fachvereine gemessen würde. Es ist deshalb auch bezüglich dieses Bedenkens eine entsprechende Beruhigung von dem verehrten Komitee zu erbitten. Zum Schluß sei mir dann noch gestattet, mich der weiteren Obliegenheit zu entledigen, daß die Central-Komitee zu benachrichtigen, daß der Fachverein der Metallarbeiter zumest aus Männern besteht, welche es angeht der sonst ihnen stets werdenden rechtlichen und gesellschaftlichen Zurücksetzung nicht über sich gewinnen können, mit ihren Beiträgen an einem Feste mitzuwirken, bei welchem sie sozusagen nur als Staffage zu dienen hätten. Man bedenke doch, wie diese Männer schon behandelt wurden! Sogar auf ihre Bitte um Ueberlassung eines Schulsaales zur Abhaltung von Beidenstunden antwortete der Magistrat kurzweg abschlägig. Wie soll da der Verein noch die Lust verspüren, selbst für den besten Zweck, insofern er nicht unbedingt in der speziellen Aufgabe des Vereins enthalten ist, irgendwie sich zu engagiren? Dieser Brief ist es wohl werth gewesen, daß wir ihn, als geschichtliches Dokument, auch weiteren Kreisen des Vespublikums zugänglich machen. Demselben einen Kommentar hinzuzufügen, birge Wasser ins Meer tragen.“

— Schon seit längerer Zeit bemerkt; daß Du ihm nicht abgeneigt warst, konnte Jeder sehen, der Euch nur ein paar Mal zusammen beobachtet hat. Dazu kommt, mein lieber Kind, daß uns Beide, Deine Mutter und mich, diese Verbindung mit dem Volten'schen Hause glücklich machen würde, und ich bin überzeugt, daß alles dies zusammengekommen, wenn Du es Dir überlegst, Deinen Entschluß bestimmen muß. Ich brauche Dir nur noch zu sagen, daß heute Morgen, als wir in der Stadt waren, der alte Graf bei mir förmlich um Dich für seinen Sohn angehalten hat, und ich hoffe, wir können ihm heute Abend eine gute Antwort mitnehmen — wie, mein Schatz?

„Mein lieber Vater, ich — ich bin noch so jung!“

„Darin hast Du recht, und das habe ich meinem Freunde Volten selbst entgegnet; er sieht das auch vollkommen ein, und Du sollst nicht gedrängt werden. Wir haben deshalb beide ausgemacht, daß die Erziehung nicht früher als an Deinem achtzehnten Geburtstag stattfindet; um uns aber das Glück unserer Kinder zu sichern, wollen wir die Verlobung am nächsten Freitag hier bei uns feiern, wozu uns Deine gütige Mama einen kleinen Ball arrangiren wird — bist Du damit einverstanden?“

„Dränge sie nicht zu sehr, George,“ sagte jetzt die Mutter freundlicher, als sie bis dahin gesprochen. „Ihr Männer seid Euch darin doch alle gleich, das folgt Schlag auf Schlag, und da soll das arme Kind auf jede Frage auch augenblicklich antworten! Versteht sich, wird sie wollen, aber Du siehst doch, daß sie jetzt bald roth, bald blaß wird — laß ihr doch nur Zeit, erst Athem zu holen!“

„Meine liebe, liebe Mutter!“ rief Paula und warf sich, von ihren Geföhlen überwältigt, an der Mutter Brust.

„Aber, ma illo!“ sagte diese, sich rasch und erschreckt losmachend — „komm, mein Herz, komm, wozu diese Aufregung — Du weißt, Kind, wie das immer meine Nerven angreift, und mein Kopf schmerzt mich überhaupt heute.“

„Aber ich liebe ihn nicht, Mama!“ bat Paula in Todes-

Die Vereinbarungen zwischen England und Deutschland über die Abgrenzung der Reichsgränzen im westlichen Theil des Ozean, welche in der Hauptache schon im April 1885 getroffen, und jetzt am 9. und 10. April 1886 formalisirt worden sind zwischen dem Grafen Herbert Bismarck und dem britischen Botschafter Sir Malet, werden nunmehr durch den „Richts-anzeiger“ veröffentlicht. Die erste „Erklärung“ bezieht sich die Demarkationslinie näher. Deutschland und England verpflichten sich, außerhalb des darin genau bezeichneten Gebietes weder Erwerbungen zu machen noch Schutzbestimmungen anzunehmen noch der Ausdehnung des britischen bezw. des deutschen Einflusses entgegenzutreten, bezw. alle früheren Gebietserwerbungen oder Schutzbestimmungen aufzugeben. Keine Anwendung findet diese Erklärung auf die Samoa-Inseln, die Tonga-Inseln, mit welchen Verträge abgeschlossen sind, noch auf die Sevag-Inseln, welche Inselgruppen nach wie vor ein neutrales Gebiet bilden sollen, noch auf irgend welche Inseln, welche jetzt unter der Souveränität oder unter dem Schutze einer anderen souveränen Macht stehen. In der zweiten Erklärung sichern sich Deutschland und Britannien innerhalb der betreffenden Gebiete gegenseitig Gleichberechtigung in Handel und Verkehr, in Niederlassungen und in der Religionsübung zu, ebenso gleiche Behandlung der Schiffe. Streitige Ansprüche auf vorher erworbenen Land sollen auf Antrag durch eine gemischte Kommission entschieden werden. Beide Regierungen verpflichten sich, in dem westlichen Theil des Ozean keine Strafmäßnahmen einzurichten oder Straffänge dorthin zu bringen. Ausgenommen sind die Kolonien, welche jetzt bereits vollständig eingerichtete Regierungen mit gesetzgebenden Körperschaften haben.

**Preussische Volksschulen.** Aus Sorau in der Niederlausitz berichtet die dortige liberale Zeitung: „In einzelnen Klassen der hiesigen Volksschule werden 120 bis 125 Kinder von einem einzigen Lehrer unterrichtet.“ Eine Korporalschaft, der ein Unteroffizier vorsteht, hat wohl für gewöhnlich 15 bis 20 Mann! In den Realschulen und Gymnasien sitzen in einer Klasse nicht mehr als höchstens 40 Schüler, die von mehreren Lehrern in den Spezialfällen unterrichtet werden und wozu der Staat ganz erhebliche Summen spendet!

#### Oesterreich Ungarn.

Am österreichischen Herrenhause wird die Mittelpartei, auch „Nieternichklub“ genannt, einen neuen Sprachengesetzentwurf einbringen, der aber von dem Scharfsmied'schen Staatsprachegesetzentwurf wesentlich abweicht. Der deutsche Sprache soll darnach nicht der Charakter der „Staatsprache“ aufgedrückt werden, sie soll als „Vermittlungssprache“ zwischen den Behörden eine gewisse Ausnahmestellung erhalten. Da die „Mittelpartei“ im Herrenhause dem Grafen Taaffe sehr nahe steht, so ist wohl anzunehmen, daß der neue Sprachengesetzentwurf ein Föhrer sei, den die österreichische Regierung herausgestrichen hat. Viel Glück dürfte die Regierung indeß damit nicht haben, denn die slavische Presse bekämpft den neu-entworfenen Entwurf mit derselben Leidenschaftlichkeit, wie feinerzeit den Scharfsmied'schen Entwurf.

#### Schweiz.

Der Bundesrath bevollmächtigt die schweizerische Gesandtschaft in Berlin, der deutschen Reichsregierung die Wiederaufnahme der 1880 unterbrochenen Verhandlungen zum Zwecke des Abschlusses einer Uebersichtskarte betreffend Gleichsetzung der Eheschließung von gegenseitigen Staatsangehörigen zu beantragen.

Der Bundesrath wird bei den eidgenössischen Röthen die Umwandlung der im Jahre 1880 abgeschlossenen 35 Millionen-anleihe beantragen, von welcher bereits 32 426 000 Frks. zurückgezahlt worden sind. Da das Geld augenblicklich sehr billig ist und voraussichtlich auch nicht ein Steigen des Geldmarktes zu erwarten steht, wird die Bundeskasse jedenfalls damit ein gutes Geschäft machen.

Der Gewerbeverein von Zürich verlangte fast einstimmig die Kündigung der Handelsverträge.

Die Landgemeinde Uri nahm fast einstimmig die Progressivsteuer an.

#### Belgien.

Das von der Regierung eingebrachte Gesetz zur Bestrafung der Aufzöderung und Verleitung zu Verbrechen durch Wort oder Schrift auch ohne Erfolg findet in der Kammer bei beiden Parteien einstimmige Ablehnung. Die Artikel sind bezeichnet es gradezu als konstitutionswidrig. Es wird daher entweder ganz umgearbeitet oder einfach abgelehnt.

#### Frankreich.

Freycinet empfindet angeßichts der Wendung in der griechischen Frage, die einem Aufschlusse aus dem europäischen Einvernehmen gleichkommt, das Bedürfnis, seine Politik zu rechtfertigen und bereitet ein Geldbuch vor.

Ran scheint in Frankreich dem großen Werke, welches man schon länger geplant hat, nämlich einen für die größten Kriegs- und Handelsfahrten Kanal zwischen der Bucht von Biscaya und dem Mittelmeer, also einen Nord-Ostsee-Kanal im g.ßeren Maßstabe zu bauen, ernstlich näher treten zu wollen. Zwei technische Ausschüsse, wovon der eine aus

angli. „Der junge Graf ist ein braver, lieber Mensch, aber — aber . . .“

„Aber, mein Kind?“ fragte die Mutter streng.

„Er — er paßt nicht für mich — er — hat für nichts Sinn, als für seine Pferde und Gewehre — er haßt Musik und Bücher — er . . .“

„Lauter Verbrechen, nicht wahr?“ lächelte die Mutter spöttlich — „und kann er deshalb nicht ein guter Ehemann werden?“

„Und soll das Herz denn gar keine Stimme haben, Mama?“ flüsterte das arme, gequälte Mädchen — „soll denn nur immer todter Rang und Reichthum Verbindungen schließen und Menschen auf ewig an einander ketten, die sich ohne diese nie gefunden oder nur gesucht hätten?“

„Todter Rang und Reichthum, meine Tochter?“ sagte der Vater ernst — „ich glaube, Du solltest uns dankbar dafür sein, daß wir Dir die, Dir gebührenden Vorrechte auch erhalten und verwahren, Du wirst doch nicht glauben, daß ich Dich je unter Deinem Stande verheirathen würde?“

„Willst Du mich nicht glücklich sehen, Papa?“ fragte Paula herzlich.

„Gewiß mein Kind, das ist mein heißester Wunsch,“ erwiderte der Vater, aber eben deshalb muß ich jetzt über Dich wachen, daß Dich Dein leicht erregtes Herz nicht zu einem Schritt hinföhrt, den Du später schwer bereuen und dann sicher unglücklich dadurch werden würdest. Aber wie ich Dir schulde, für Dein Glück zu sorgen, so schuldest Du auch uns, die Ehre unseres Hauses aufrecht zu erhalten, und wer Dir dabei am besten rathen kann, sind denn doch wohl Deine Eltern selber.“

„Und wenn ich vorher wüßte, daß ich unglücklich werden würde?“

„Paula,“ sagte der Vater ernst, „ich bitte Dich, nur jetzt, wo es sich um Deine ganze Zukunft handelt, Deine überspannten Romane und phantastischen Ideen aus dem Spiel zu lassen! Du hast uns schon neulich einmal so eine Andeutung gemacht, daß Du Dich an der Seite des ärmsten Mannes glücklich fühlen könntest, wenn „Eure Seelen,“ wie Du Dich beliedest auszudrücken, mit einander harmo-

Jingenioren, der zweite aus Vertretern der Marine und des Handelsstandes besteht und worin der Vis-Admiral Martin den Vorsitz führt, werden nächstens ihre Studien betreffs der Grabung dieses Kanals wieder aufnehmen.

#### Großbritannien.

Wie blind die irischen Protestanten gegen die Selbstverwaltung des katholischen Irlands kämpfen, ergibt sich aus folgendem. Auf dem Rennplatze bei Belfast fand am 26. d. eine großartige Kundgebung von Orangisten statt, bei der Gladstone's Homerule-Bill die abschreckendste Beurteilung zu Theil ward und die nachstehende Resolution zur Annahme gelangte: „Daß, sollte diese Maßregel des Premierministers ausgedrungen und wir der Regierung derjenigen überliefert werden, die unsere bittersten Feinde, die Feinde der Krone und der Verfassung gewesen sind, und deren erste Anstrengungen gegen unsere religiösen und kommerziellen Interessen gerichtet sein werden — wir hiermit förmlich und ruhig erklären, daß wir jene Regierung nicht anerkennen werden, daß wir gegen die Besteuerung durch ein irisches Parlament Protest einlegen, und die Zahlung der von ihm auferlegten Steuern verweigern werden; und ferner, daß wir bis zum Außersten allen Versuchen, solche Zahlungen zu erzwingen, Widerstand leisten werden. Wir fordern die Männer von England, Schottland und den Kolonien, die in dieser großen Krisis unserer Geschichte auf unserer Seite stehen, auf unseren Protest jetzt und später zu unterstützen, wenn wir genöthigt sein sollten, eine entschlossener (!) Haltung für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen und religiösen Freiheiten einzunehmen, die ihre und unsere Väter für uns errungen haben. Das ist also die Drohung der Bürgerkrieges, welche die Protestanten von Ulster da ausgesprochen haben. Der Londoner Korrespondent der „Times“ schreibt mit Bezug darauf: „Der ausgesprochene Entschluß der Royalisten in Ulster, der Ausübung von Home Rule, wenn es nothwendig werden sollte, mit Gewalt Widerstand zu leisten, dürfte als ein wichtiger Punkt in der weiteren Erörterung der Frage figuriren. Es kann sein, daß, wie oft verkündet wird, die Radikalität des Widerstandes thatsächlich in der Organisation begriffen ist. Ob es eine Thatfache ist, daß zu diesem Zwecke ein Ausschuß gebildet wurde und ob derselbe zahlreiche Anerbietungen von Unterstützung mit Mitteln und Geld aus verschiedenen Theilen Englands erhalten hat — darüber wird nach dem Wiederauftritt des Unterhauses eine Interpellation gestellt werden.“

Gladstone's Manifest (vergl. „Neuere Nachrichten“ von gestern) ist nach der „Fr. Zig.“ völlig unerwartet gekommen. Dasselbe erschien in Extraausgaben der Blätter ohne Kommentaire. Gladstone ist gestern nach London zurückgekehrt, um dem Kabinetsrathe beizumohnen. Man glaubt, daß die im Manifest enthaltene Erklärung, daß das Parlament aufgeföhrt werden soll, nur für das Prinzip von Home Rule zu stimmen, ohne Rücksicht auf die Einzelheiten der Vorlage, viele noch schwankende Mitglieder der liberalen Partei dazu bewegen werde, die Maßregel zu unterstützen.

#### Italien.

In Italien ist eine bedeutliche Krise, theilweise veranlaßt durch den unglücklichen Ausgang der Expedition des Grafen Borro, eingetreten. Die Bevölkerung ist aufgeregt, weil die Gräueltthaten des Sultans von Harar fast unter den Augen der italienischen Garnison in Feilach geschehen konnten. Das Land macht die Regierung hierfür verantwortlich. Der „Königsberger Carl. Zig.“ läßt sich schreiben, daß möglicherweise bei den kommenden Neuwahlen Depress sich einer außerordentlichen Bereinigung von Anhängern der alten Linken (des oppositionellen Centralisten und Radikalen) mit den Radikalen von der Rechten gegenübersehen könne. — Dies wäre allerdings eine unnatürliche Allianz. Jedenfalls ist dem armen Premierminister seine Wählaktion erschwert. Wie dem „Wien Fremdenblatt“ telegraphisch gemeldet wird, kam es auch in Neapel zu ersten Unruhen. Studenten und Arbeitervereine verlangten Rache für die Niedermetzelung Porro's. Kundgebungen und Versammlungen wurden vorgenommen, in allen Katakomben stand das Militär unter Waffen. — Auch die „Berl. Volk. Nachr.“ kommen auf die Vorgänge in Harar zu sprechen. In seiner eigenen Selbstschätzung willen, so meint das offizielle Organ, kann Italien den Vorfall nicht ungehört lassen. Die Zukunft seiner afrikanischen Bestrebungen steht dabei auf dem Spiel. Schon werden abessinischerseits ganz offen die Gleichungen zu einem Kriegszuge gegen den Schlüssel der afrikanischen Position Italiens am Rothen Meere, gegen Raschid betrieben, so daß den Italienern ohnehin kaum eine andere Wahl bleibt, als die ihrem Feinde drohende Beeinträchtigung mit gewaffneter Hand zurückzuweisen. Schnelligkeit des Handelns ist daher angezeigt, um wenigstens den moralischen Effekt zu sichern, der bei halb- oder ganzwilden Völkern oft wichtiger ist, als der materielle.

In Brindisi sind vom 2. Mittags bis 3. Mittags eine Choleraerkrankung und ein Choleraodesfall vorgekommen. In Ostuni sechs und in Viano drei Choleraerkrankungen.

nirten. Es ist der alte Unsinn mit „eine Hütte und ein Herz,“ der so lange stichhaltig bleibt, bis das Herz eben in die Hütte hineingezogen soll und die Räumlichkeit dann überall zu beengt findet. Glaube mir, mein Kind, solche Dinge sehen sehr hübsch auf dem Papier aus, und lassen sich trefflich bei einer warmen, mond hellen Nacht durchschmökern, aber sie gleichen jenen wunderbar schillernden Qualen, die an der Oberfläche der See herumschwimmen und von Weitem einen prächtigen Anblick gewähren, nimmt man sie aber in die Hand, so bleibt nichts übrig, als eine graue, schlammige Blase, welche man mit Gel mit der von sich wirft. „Gleich und Gleich gesellt sich gern“ ist ein altes, gutes und wahres Sprichwort, und wir finden das in der Natur bestätigt, wohin wir blicken. Ein Adler könnte sich da eben so wenig daran gewöhnen, einen Hund für das Leben mit einem Krutwagen zu schleppen, und von Körnern und Kartoffelschalen zu leben, weil ihm die Seelen vielleicht sympathisiren — es geht eben nicht, und die Grafentochter würde sich elend und unglücklich fühlen, wenn sie aus der gewohnten Sphäre niedersteigen und in einer Hütte leben sollte. Das sind eben jugendliche Träume, die ich auch nicht zu hoch anschlage und deshalb gern vergesse. Nun sei aber vernünftig, mein Löchterchen, Du bist alt genug dazu. Wir haben eine Wahl für Dich getroffen, die Dein Herz nur mit Freude und Dankbarkeit gegen uns erfüllen kann, also füge Dich dem; denn Du weißt wohl, daß Deine Eltern nie ihre Einwilligung zu einer Verbindung unter Deinem Range geben würden, so daß Du wirklich je thöricht genug sein, selber an Derartiges ernsthaft zu denken.“

„Mein Vater . . .“

„Daß nur sein, mein Kind — ich wüßte ja, daß meine gutes Löchterchen nicht den Lieblingsplan ihrer Eltern kreuzen würde; also werde ich das Weiter schon selber mit Bolten in Ordnung bringen. Du darfst Dir indeß immer Deinen Ballplatz zurecht machen,“ setzte er lächelnd hinzu, indem er ihr leise das Kinn empordröckte und einen Kuß auf ihre Stirn drückte, „und daß wir nachher ein recht munteres, fröhliches Bräutchen haben, davon bin ich gewiß zeugt . . .“

Rußland.

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Transkaukasien ist jetzt definitiv beschlossen...

In den Waggon der transkaukasischen Bahn ist elektrische Beleuchtung eingerichtet worden.

In Odessa fanden am Abend des 27. April antisemitische Ausschreitungen statt. Dieselben dauerten ungefähr eine Stunde...

Die preussische Polenpolitik hat viel dazu beigetragen, die Lage der Deutschen in russisch-Polen zu verschlimmern. So wird der „Weser Zig.“ aus Warschau gerichtet...

Balkanländer.

Nach einer Meldung der „Polit. Corr.“ aus London steht ein neuer Schritt der Mächte in Athen unmittelbar bevor.

Das „Wiener Ftbl.“ in äußeren Angelegenheiten hochoffiziell, meint man möge in Athen nicht irrtümlich auf Frankreich so hohe Hoffnungen setzen.

Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 6. Mai etc., Nachmittags 5 Uhr.

Neue Straße und Brücke. Auf Antrag der Baudeputation, Abtheilung II, hat der Magistrat beschlossen...

Ein Diener öffnete in diesem Augenblick die Thür und meldete, in feierlicher Haltung an der Schwelle stehend: „Baronesse von Halldorf läßt fragen, ob es der gnädigen Herrschaft genehm wäre...“

Der Besuch mußte empfangen werden, und die arme Paula, das Herz zum Brechen schwer, zog sich auf ihr Zimmer zurück...

„Kein Mitleid mit den Gefühlen ihres eigenen Kindes,“ rieferte sie dabei — „keine Frage selber danach, ob dieses Kind schon gewählt, schon entschieden haben könnte...“

Paradies und Hölle.

In der Schlossgasse zu Hatzburg — denn die alte Stadt, welche in längstvergangenen Zeiten einmal der Sitz eines Erzbischofs gewesen, hatte die verschiedenen Benennungen aus ihrer Glanzperiode noch getreulich aufbewahrt...

Was die zahllosen Gruppen, Bilder und Arabesken daran alle bedeuten sollten, wäre wohl schwer zu entziffern gewesen — möglich, daß selbst die Urheber derselben keine rechte Idee davon gehabt.

Schützen-Kaserne und dem Proviantamt von der Köpcke-Straße nach der Spree führt. Sowohl die örtliche Straßenbau-Polizei als das Polizei-Präsidium haben, wie die „Nat. Zig.“ schreibt, dem Projekt bereits zugestimmt.

Benutzung der Leichenhallen. Die auf den hiesigen Begräbnisplätzen befindlichen Leichenhallen sind im Jahre 1885 zur Einstellung von 9798 Leichen benutzt worden.

Gerichts-Zeitung.

Ein Wähladviseur von fünf konservativen Wobiter Wahlmännern hat für dieselben noch ein unangenehmes Nachspiel gehabt. Am 5. November v. J. hatten der Restaurateur Schwarz, Rentier Lehmann, Sattler Rosenberger, Bäcker Möhling und Schmiedemeister Philippus ihrer Pflicht als Wahlmänner zur Landtagswahl in der Tonhalle zu genügen.

Reichsgerichts-Entscheidungen. (Nachdruck verboten.) Leipzig, 3. Mai. (Berechtigter Drohung.) Der Landwirt Klee aus der Kasseler Gegend war eines Tages im Oktober v. J. auf seinem Felde mit Eggen beschäftigt...

durch die Zeit und Sturm und Wetter mishandelte Riesen, die zwischen Drachenköpfen und Ungeheuerschwänzen ihren Platz behaupteten, das Portal zu tragen schienen.

Und bunt und prächtig genug mußte das Haus ausgehen haben, als es aus der Hand des Künstlers frisch hervorging. Noch jetzt ließen sich nämlich an einigen geschützten und tiefer liegenden Stellen Spuren von früherer Vergoldung und Malerei erkennen...

An eine Renovation dieser geschwundenen Pracht hatte freilich Niemand gedacht. Das Haus gerieth in die Hände einer Familie, die seine Lage für eine Wirtschaft passend fand, da es dem Theater schräg gegenüber und auch in der Nähe des Domes wie des Rathhauses stand...

Der Mann verdiente viel Geld damit, und als er älter und ihm das Geräusch und die eigene Unbequemlichkeit eines solchen Lebens zu groß wurde, ließ er die Wirtschaft eingehen, den oberen Stock zu Familienwohnungen einrichten und bezieht nur die unteren Räumlichkeiten mit den Kellern für sich...

Der alte Trauwest war von jeher ein aufgezeichneter Weinkenner gewesen und hatte immer etwas auf ein gutes Getränk gehalten. Seine Weinstube bekam deshalb bald einen Namen und die in Hatzburg ansässigen „Künstler“, lustiges, lustiges Volk, das solche Plätze immer am besten aufzusüßern weiß, erwähnte den Ort zu seiner Künstlerkneipe, wozu ihnen der Birth, damit sie nicht mit dem gewöhnlichen irrenden Pfahlbürger und Stammgast einen Tisch zu besetzen brauchten...

Der alte Trauwest war von jeher ein aufgezeichneter Weinkenner gewesen und hatte immer etwas auf ein gutes Getränk gehalten. Seine Weinstube bekam deshalb bald einen Namen und die in Hatzburg ansässigen „Künstler“, lustiges, lustiges Volk, das solche Plätze immer am besten aufzusüßern weiß, erwähnte den Ort zu seiner Künstlerkneipe, wozu ihnen der Birth, damit sie nicht mit dem gewöhnlichen irrenden Pfahlbürger und Stammgast einen Tisch zu besetzen brauchten...

Der alte Trauwest war von jeher ein aufgezeichneter Weinkenner gewesen und hatte immer etwas auf ein gutes Getränk gehalten. Seine Weinstube bekam deshalb bald einen Namen und die in Hatzburg ansässigen „Künstler“, lustiges, lustiges Volk, das solche Plätze immer am besten aufzusüßern weiß, erwähnte den Ort zu seiner Künstlerkneipe, wozu ihnen der Birth, damit sie nicht mit dem gewöhnlichen irrenden Pfahlbürger und Stammgast einen Tisch zu besetzen brauchten...

Der alte Trauwest war von jeher ein aufgezeichneter Weinkenner gewesen und hatte immer etwas auf ein gutes Getränk gehalten. Seine Weinstube bekam deshalb bald einen Namen und die in Hatzburg ansässigen „Künstler“, lustiges, lustiges Volk, das solche Plätze immer am besten aufzusüßern weiß, erwähnte den Ort zu seiner Künstlerkneipe, wozu ihnen der Birth, damit sie nicht mit dem gewöhnlichen irrenden Pfahlbürger und Stammgast einen Tisch zu besetzen brauchten...

Der alte Trauwest war von jeher ein aufgezeichneter Weinkenner gewesen und hatte immer etwas auf ein gutes Getränk gehalten. Seine Weinstube bekam deshalb bald einen Namen und die in Hatzburg ansässigen „Künstler“, lustiges, lustiges Volk, das solche Plätze immer am besten aufzusüßern weiß, erwähnte den Ort zu seiner Künstlerkneipe, wozu ihnen der Birth, damit sie nicht mit dem gewöhnlichen irrenden Pfahlbürger und Stammgast einen Tisch zu besetzen brauchten...

Der alte Trauwest war von jeher ein aufgezeichneter Weinkenner gewesen und hatte immer etwas auf ein gutes Getränk gehalten. Seine Weinstube bekam deshalb bald einen Namen und die in Hatzburg ansässigen „Künstler“, lustiges, lustiges Volk, das solche Plätze immer am besten aufzusüßern weiß, erwähnte den Ort zu seiner Künstlerkneipe, wozu ihnen der Birth, damit sie nicht mit dem gewöhnlichen irrenden Pfahlbürger und Stammgast einen Tisch zu besetzen brauchten...

bei Drohungen könne aber eine solche Beschränkung nicht eintreten. Der Reichsanwalt erachtete die Revision als begründet und beantragte Aufhebung des Urtheils. Er wies darauf hin, daß dem Angeklagten von einer Berechtigung des SchL, über seinen Aker zu fegen, nichts bekannt gewesen sei, er habe also in dem guten Glauben gehandelt, daß er berechtigt sei, jeden Eingriff in sein gutes Recht zurückzuweisen und zwar nöthigerfalls mit Gewalt.

Ein ähnlicher Fall kam am 30. April vor dem II. Strafsenat zur Verhandlung. Der Restaurateur Werner in Berlin war vom Landgerichte wegen versuchter Nötigung zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt worden.

Unter dem kaufmännischen Stand in England ist jetzt eine lebhaftere Agitation im Gange, um durch Gesetz eine Kürzung der Arbeitszeit in den offenen Läden und sonstigen kaufmännischen Geschäften zu erreichen.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Unter dem kaufmännischen Stand in England ist jetzt eine lebhaftere Agitation im Gange, um durch Gesetz eine Kürzung der Arbeitszeit in den offenen Läden und sonstigen kaufmännischen Geschäften zu erreichen. Diese hat einen ersten Erfolg zu verzeichnen. Kein anderer als Sir John Lubbock, der bekannte philanthropische Bankier, Philosoph und Entomologe, der das Leben der Diener- und Ammenskanten studirt und beschrieben hat und dem die Londoner Geschäftswelt ihre vier, dem ausgelassenen Vergnügen gewidmeten Bankfeiertage verdankt, hat sich bereit erklärt, einen von dem Verein ausgearbeiteten Gesetzentwurf dem Parlament vorzulegen.

hinein, so daß sich der kleine, maleisch geschmückte Raum bald in ein ordentliches Paritäten-Kabinet verwandelte.

Das Haus wurde zuletzt wirklich dadurch berühmt, und kein Fremder besuchte Hatzburg, der sich nicht bemüht hätte, auch die Künstlerkneipe im „Paradies“, die das lustige Volkchen, dem Namen des Gebäudes gerade entgegen, „Die Hölle“ taufte, kennen zu lernen. (Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Im Wallner Theater beginnt heute das Ensemble-Gastspiel der Münchener Mitglieder des königl. Theaters am Gärtnerplatz unter Direction des Herrn M. Hofbauer mit der Komödie: „Almentausch und Edelweiß“, einem oberbayerischen Charaktergemälde mit Gesang und Tanz in 5 Akten, nach Dr. von Schmid's Erzählung gleichen Namens von Hans Neuert.

Zu welchen Mißverständnissen gefälschte Telegramme führen können. Ein Fabrikant in Lüdenscheld hatte in Frankfurt a. M. eine Drehbank bestellt. Als dieselbe ankam, war ein Fuß derselben abgebrochen. Sofort wurde die li-fende Firma davon durch das Telegramm „Fuß gebrochen“ in Kenntniß gesetzt. Zum Unglück war der Inhaber des Geschäfts verreist; die Frau desselben glaubte nun nicht anders, als ihr Mann befände sich in Lüdenscheld und habe einen Fuß gebrochen, worauf sie sich denn sofort auf die Reise nach Lüdenscheld machte, um ihrem Manne in seinem Unglück beizustehen.

Vergeßlicher Heirathsantrag. In mehreren Pariser Journalen fand sich in den letzten Tagen folgende Annonce: „Ich bin Beamter, besitze ein Einkommen von zwölftausend Franks und möchte ein vermögungsloses Mädchen zur Frau, das aber kein Nieder, keine Tournüre und keine Böckchen tragen darf, da ich diese Auswüchse der Mode verablichere. Anträge unter „Natur“ an die Expedition.“ Obgleich das Inserat öfter wiederholt wurde, hat der Mann nicht eine einzige Erwiderung auf seinen Antrag erhalten, trotzdem er auf keine Mißgiff reaktivirte. Dagegen erschien am 25. d. M. eine Antwort im Annonzenbeile eines der betreffenden Blätter; sie lautete: „Wir besitzen kein Geld und würden einen hohen Beamten mit zwölftausend Franks schon nehmen, allein ihm Nieder, Tournüre und Böckchen opfern — lächerlich! Mehrere Pariserinnen.“

Charakteristisch für die englische Denkweise. Von Inspektoren hält er nicht viel; die würden den Geschäftsleuten lästig sein. Er will vielmehr die Aufsicht selbst in die Hand nehmen. Begehrt sich ein Ladeneinhaber gegen das Gesetz, so will der Verein nachgehend werden. Als Strafe für die Uebertretung ist ein Strafgehalt von 20 Mark vorgesehen, das sich im Wiederholungsfall erhöht. Man hofft, daß die Einführung eines derartigen Gesetzes genau die nämliche Wirkung haben würde, die dem Feinhandelsgesetz für die Fabriken nachgefolgt ist, nämlich die Arbeitszeit überhaupt für alle Beschäftigten auf die im Gesetz angegebene Zeit zu beschränken. Eventuell hat aber der Verein noch eine weitere Maßregel in Aussicht genommen, einen Gesetzentwurf, der es den Kaufleuten eines bestimmten Geschäftszweiges in jedem Orte oder jedem Bezirke einer größeren Stadt anbelangt, durch einen Beschluß, der mit Zweidrittelmehrheit gefaßt sein muß, die Schließung aller Geschäfte ihres Zweiges um 8 Uhr Abends an fünf Wochentagen, um 10 Uhr Abends am Sonnabend zwangsweise herbeizuführen. Dieser Mehrheitsbeschluß wird für erforderlich gehalten, da die Erfahrung bewiesen hat, daß sonst ein einziger Kaufmann in seinem Bezirk seine Konkurrenten zur Offenhaltung ihrer Geschäfte bis spät in die Nacht hinein zwingen kann. In den bewährten Händen Lubbock's hat der erstere Gesetzentwurf viel Aussicht auf Erfolg.

Zur Wohnungsfrage. Bereits mehrfach haben wir an der Hand der Statistik den Nachweis dafür erbracht, daß da wo das Lohnminimum ist, auch das Wohnminimum sich vorfindet, d. h. daß die beschlossenen Arbeiter am dichtesten zusammengedrängt in den kleinsten und ungesündesten Räumen wohnen. In der Weberstadt Aachen fand A. Thun, daß in den aristokratischen Straßen:

Theaterstraße . . .	0,53	Einwohner auf einen bewohnten Raum (Zimmer, Kammer, Küche.)
Hochstraße . . .	0,55	
dagegen in dem Arbeiterviertel:		
Sandlauer . . .	2,8	
Königsstraße . . .	3,0	
Bergstraße . . .	3,8	

kommen. Von den reichen Leuten in der Theaterstraße und Hochstraße hat jeder zwei Räume zur Verfügung, während in den Proletarierquartieren 2,3 bis 3,6 Personen in einer Stube hocken. Wenn man die eigentlichen Arbeiterhäuser nimmt, so gestaltet sich das Verhältnis noch viel schlimmer. Es kamen auf den bewohnbaren Raum z. B. in der Bergstraße

in 5 Häusern . . .	40 Einwohner
" 5 " . . .	50 "
" 4 " . . .	81 "

Und dann wundert man sich noch, daß diese Armen immer mehr verkommen, und jetzt über die Verwahrlosung des Volks. Und dabei wohnen sie verhältnismäßig theurer als die Bourgeoisie. „Weil diese Familien so arm sind, sagt unser Gewährsmann, wohnen sie auch verhältnismäßig sehr teuer.“ Das ist die Strafe der Armut.

Anmeldung gewerblicher Unfälle. Die „Rieser Zig.“ meldet: „Der Herr Generalsekretär hat bei der Regierung zur Sprache gebracht, daß seitens der Ortspolizeibehörden ihm vielfach Unfälle gemeldet würden, welche durchaus nicht als gewerbliche betrachtet werden könnten; so z. B. sollen vielfach Anzeigen über Selbstmorde, Verunglückungen auf der Straße durch Uebertreibungen, Auffindung von Leichen etc., eingebracht. Mit Bezug hierauf hat die Regierung die Herren Landräthe etc. veranlaßt, die unterstellten Polizeibehörden mit Anweisung dahin zu versehen, daß nur solche Unfälle dem Herrn Generalsekretär zu melden sind, welche im Zusammenhange mit gewerblichen Betrieben vorgekommen sind, diese aber ausnahmslos.“

Die „Land. Bürgerzeit.“ bemerkt hierzu: „Wird diese Notiz nicht geradezu verblüffend? So also ist die Intelligenz der preussischen Behörden beschaffen, daß sie gewerbliche oder Vertriebsunfälle nicht einmal von gewöhnlichen Unfällen zu unterscheiden vermögen. Nun denke man sich einen solchen weisen Vertreter einer der betreffenden Polizeibehörden als überwachenden Beamten in einer Versammlung, in welcher über irgend eine gesetzliche Materie verhandelt wird. Und diesen Polizeibehörden wird durch den Vorklamer'schen Erlaß, die Streiks betreffend, das Recht eingeräumt, zu entscheiden, ob „sozialdemokratische Tendenzen“ dabei zu Tage treten. Nun, Se. Excellenz muß ein seltsames Vertrauen zu dem Dibelwort haben: „Wem Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand.“ Ob dies Vertrauen nicht durch obige Mitteilung des Generalsekretärs ein ganz klein wenig erschüttert worden ist?

Streik. Seit Freitag Morgen haben in Aachen sämtliche Maurergesellen ihre Arbeiten eingestellt. Sämtliche Neubauten sind unterbrochen, die Maurerpoliere allein stehen auf den Baustellen den Meistern zur Verfügung, aber die Gesellen weigern sich ganz entschieden, die Arbeiten unter den bestehenden Verhältnissen wieder aufzunehmen. Wie verlautet,

wären dieselben wohl mit der Vöhrung zufrieden, doch wollen sie unter keinen Umständen nach früherem Brauche von 5 Uhr, sondern erst von 6 Uhr früh an arbeiten. Unterhandlungen sind im Gange. Die Gesellen werden ihre Forderungen aller Wahrscheinlichkeit nach durchsetzen.

Der Streik der Zimmerer in Guben hat, wie die „G. Z.“ meldet, nunmehr keine Endschacht erreicht, obwohl der Normallohn nicht zugestimmt worden ist; dagegen haben die Maurer schon jetzt eine kleine Zulage erhalten.

Die Maurer im Sauerland haben am 28. April die Arbeit niedergelegt. Die Zahl der Streikenden beträgt bereits 1700 Mann. Die Meister wollten die Löhne um 1/2 Pennig (zirka 4 Pfennig) kürzen. Bisher wurde ein Betrag von 8 Pennies (zirka 65 Pfennig) per Stunde bezahlt. Der Streik greift täglich weiter um sich. Es sind zwar Verhandlungen im Gange, doch haben die Deputationen der Maurer bis jetzt noch keinen Erfolg erzielt.

Aufruf der Bahreuther Kavierarbeiter. Arbeiter und Kollegen Deutschlands! Unsere Lage ist, wie Ihr Euch leicht denken könnt, sehr kritisch, da mit aller Kraft von oben darauf hingearbeitet wird, uns zu vernichten. Nicht allein, daß Herr Steinbräcker trotz vieler Verluste mit uns nicht unterhandeln will, da er auf diese Weise die alten Arbeiter, welche jahrelang ihre Kräfte für ihn einsetzten, los werden will, wahrscheinlich damit er sie in späteren Zeiten, wenn sie gänzlich „unbrauchbar“ werden, nicht zu unterstützen braucht. Auch die hiesige Eisen- und Metallfabrik will dem Herrn St. beihilflich sein, indem derselbe keine Leute von uns einstellen will, trotzdem er sehr notwendig welche braucht und solche in auswärtigen Blättern sucht. Kollegen! Sollt ihr die den Stolz der Herren wirklich nicht brechen können und hier keine Unterstützung finden, so sind wir entschlossen, lieber Bayern zu verlassen, als die Fabrik wieder zu betreten. Wir bitten Euch deshalb, unterstützt und noch Kräfte, um wenigstens, wenn es so weit kommen sollte, mit Ehren abziehen zu können. Wir bitten, haltet Puzug fern. Mit Gruß und Handschlag der Vorkämpfer H. Wellhöfer, Münzstraße 170.

### Vereine und Versammlungen.

hr. In der öffentlichen Versammlung der Lackierer, welche, sehr zahlreich besucht, am Montag bei Meist, Kommandantenstr. 71, unter dem Vorsitz des Herrn Jacob tagte, konstituierte sich der „Verein der Lackierer aller Branchen zur Wahrung ihrer Interessen“. Der Vorsitzende verlas das von der Kommission aufgearbeitete Statut. Nachdem ein unwesentlicher Zusatz und die Abänderung, daß Mitgliederversammlungen mindestens alle 14 Tage (anstatt „alle 4 Wochen“) stattfinden sollen, gutgeheißen waren, wurde das vorgelegte Statut im bloo einstimmig angenommen. Der Zweck des Vereins ist laut § 1: „Die Lackierer aller Branchen in Berlin und Umgegend zu einer gemeinnützigen Korporation zu vereinigen und das Wohl der Mitglieder zu fördern“. Dieser Zweck soll erreicht werden durch Mitglieder- und öffentliche Versammlungen mit Vorträgen, durch Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen, durch Pflege der Kollegialität und Humanität, durch unentgeltlichen Arbeitsschweiss und Rechtschutz. Gemäßigten Mitgliedern und solchen, welche im Interesse der Gesamtheit die Arbeit niedergelegt haben, soll Unterstützung gewährt werden. Zu diesem Zweck soll neben dem Vorstande eine von Vereinen gewählte Interessen-Kommission von 15 Mitgliedern bestehen. Das Eintrittsgeld ist auf 50 Pf., der wöchentliche Beitrag auf 10 Pf. festgesetzt. Die große Mehrheit der zirka 200 Anwesenden ließ sich in die Mitgliederliste eintragen. Aus den dann vollzogenen Wahlen ging der folgende Vorstand hervor: Jacob und S. Müller 1. und 2. Vorsitzender, Jacobi und Saor 1. und 2. Kassierer, John und Nielsch 1. und 2. Schriftführer, Schmiedede, Mietzsch und Rautenhaus Beisitzer.

hr. In einer sehr zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung der Sattler und Berufsgenossen, welche am Sonnabend bei Gratwell stattfand, legte Herr Wirths die Beschlüsse vor, welche die Lohnkommission beauftragt, ein Gesetz zur Durchführung etwa nötiger werdender Arbeitsstellen notwendig Generalfonds gefaßt hat. Für jede Werkstatt soll ein Delegierter eingesetzt werden, der in das ihm übergebene Versteckbuch die Namen aller in der Werkstatt beschäftigten Kollegen und die gezahlten Beiträge einzutragen hat. Die Sammlung der Beiträge soll jede Woche ein anderer Kollege vornehmen. Die Ablieferung der gesammelten Beiträge an den Kassierer der Lohnkommission soll durch die Delegierten gegen Quittung in den Büchern erfolgen. Das Referat über die Lohnbewegung der Sattler erstattete Herr Viehlander. Er hob hervor, daß bisher die Sattler Berlins mehr als die Arbeiter anderer Gewerbe es verabsäumt hätten, sich eine Organisation zu schaffen, daß in Folge dieses Umstandes ihre

Löhne noch tiefer herabgedrückt seien, als in den meisten anderen Gewerben, und daß die nächste Aufgabe in ihrer jetzigen Lohnbewegung die Bekämpfung der Arbeitszeit sein müsse. Herr Berg (Sattlermeister) schilderte die trostlosen Lohnverhältnisse, die besonders in den Werkstätten der Militär-Einheiten herrschen, in sehr eingehender Weise. Darauf theilte der Vorsitzende mit, daß die Lohnkommission sich in folgender Weise konstituiert habe: Wirths, erster, Steinbräcker, zweiter, Viege, Schriftführer, Guffmann, Kassierer, Raibauer, Wendi und Richterberg, Beisitzer. — Nach sehr langen Debatten, welche Herr Sander, der Vorsitzende der Lohnkommission der Tapezierer, dadurch hervorrief, daß er das Markensystem für die Einziehung der Beiträge zum Generalfonds empfahl, wurde beschlossen, zunächst noch das Buchsystem beizubehalten. Der wöchentliche Minimalbeitrag wurde auf 10 Pf. festgesetzt. Vor Schluß der Versammlung wurden noch Mitteilungen über das Verhalten eines Innungsmeisters und eines Werkführers gemacht und die Verhättnisordnung der Treibriemenfabrik von Fleischer (in der Büldenstraße) mitgeteilt, in welcher den Arbeitern unter Androhung der Entlassung verboten wird, in den Fabrikräumen Bier oder Spirituosen zu trinken, ferner die Pflicht aufgelegt wird, ihren Gehalt, wenn er in die Werkstatt eintritt, „in geziemender Weise“ begütigen und sowohl vor Beginn der Arbeit als auch nach dem Aufhören der Arbeit sich im Komtoir zu melden.

In der Versammlung der Vereinigung deutscher Schmiede am 1. Mai erstattete der Kassierer Rassenberger. Der Kassierer Herr Bött besichtigte, alles in bester Ordnung gefunden zu haben, leider habe er auch gefunden, daß viele Mitglieder mit ihren Beiträgen restieren, was wohl den schlechten Arbeitsverhältnissen während des verfloffenen Winters zugeschrieben sei. Er ermahnte die Mitglieder, sich mehr als bisher für den Verein zu interessieren. Hierauf wurde Herr Viehlander zum Schriftführer gewählt. Alsdann wurden sehr lebhaft Debatten geführt über die Abrechnung der Lohnkommission und über den Arbeitsnachweis. Es wurden verschiedene Beschlüsse gefaßt, welche von großem Vortheil für den Verein sein sollen. Hierauf giebt H. Mengel, Leiter der Lohnkommission der Berliner Stellmacher, einen kurzen Ueberblick über den Stand der Bewegung, worauf beschlossen wurde, den Rest des Agitationsfonds den streikenden Stellmachern vorläufig zu übermitteln. Nachdem der Fragekasten erledigt, theilte Herr Rathes mit, daß der diesjährige Sommerabendball des Vereins am 24. Juli im Volksgarten, Hassenhaide Nr. 1, stattfinden wird.

Die Arbeiterinnenbewegung des Nordens kehrt wieder in Fluss zu kommen und die Störungen der letzten Zeit überwunden zu haben. Die öffentliche Arbeiterinnenversammlung, die vorgestern im „Weddingpark“, Müllerstraße, unter Vorsitz von Frau Steinendorf stattfand, war verhältnismäßig gut besucht und trug jenen sachlichen Ernst zur Schau, der der Würde und der Wichtigkeit der Sache entspricht. Sie veranlaßte eine Anzahl Frauen, sich als Mitglieder im Verein aufnehmen zu lassen. An Stelle des nicht erschienenen Referenten sprach Frau Cantius unter lebhaftem Beifall über „Bildung, Freiheit und Brod“. Rednerin wußte ihre Aufgabe recht glücklich zu lösen. Eine lebhaft Diskussions schloß sich an. Frau Steinendorf führte zu dem von der Referentin behandeltem Thema des modernen Bildungsschwinds einige charakteristische Beispiele an; Frau Gubela verbreitete sich über die Ziele der Frauenbewegung, Frau Lohse über die gewerkschaftliche Organisation speziell der Mantelnäherinnen; sie bezeichnete einen Streik, hervorgewachsen und getragen von einer starken Organisation, als das einzige Mittel für die Mantelnäherinnen, ihre traurigen von ihr mit Zahlen belegten Zustände des Gewerbes zu bessern; Frau Bötting erinnerte daran, daß ein gesetzlicher Normalarbeitsstag notwendig und mit allen Mitteln zu erstreben sei. — Die Männer, welche sich an der Diskussion beteiligten, führten diese von der Debatte über den Gedanken weiter aus. Herr Boy machte besonders auf die neuerdings wieder auftauchende „Kurrendfingerei“ aufmerksam, die von allen Seiten dieselbe Verurteilung erfährt. Auch der Vorklamer'sche Erlaß wurde in seinen eventuellen Folgen für die Lohnbewegung der Frauen besprochen und die Befähigung der Statuten des Arbeiterinnen-Vereins in Dresden von Seiten der sächsischen Polizeibehörde kritisiert.

Verband deutscher Zimmerleute (Local-Verband Berlin-Süd). Versammlung am Donnerstag, den 6. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in den Industriehallen, Mariannenstr. 112. Tagesordnung: Vortrag. Verschiedenes. Fragekasten. — Zimmerleute haben Zutritt.

Arbeiter-Bezirksverein Süd-Ost. Mittwoch, den 5. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Venkenorf über den Befähigung. Diskussion. 2. Verschiedenes und Fragekasten. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

### Theater.

Mittwoch, den 5. Mai.  
Oberhaus. Hild und Hild.  
Schauspielhaus. Er muß auf's Band.  
Deutsches Theater. Ein Tropfen Gift.  
Wallner-Theater. Almenrauch und Gelbes.  
Königs-Theater. Theodora. Drama in 8 Bildern von B. Sardou.  
Welle-Alhambra-Theater. O, diese Männer!  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Rigeunerbaron.  
Malkalla-Theater. Das lachende Berlin.  
Belieres aus der Berliner Theatergeschichte mit Bezug und Tanz in einem Vorspiel und 8 Akten von Jakobson und Wiltzen.  
Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.  
Victoria-Theater. Amor. Tanz-Voem von Luigi Manzotti.  
Odeon-Theater. Die Waise aus Komodo.  
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
Konfordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Vassage 1 Tr. 9 R. — 10 R.  
Kaiser-Panorama.  
In dieser Woche:  
Reise durch das Riesengebirge.  
Ober-Italien. Como-Sec. Pompeji. Gertha-Reise. Eine Reise 20 Pf. Kinder 10 Pf. [1527]

Allen Bekannten u. Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Freund und Kollege, der Former **Edward Witzke**, am 3. d. M., früh 4 Uhr, nach kurzem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, Nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Leichenhause des Michael-Richthofs (Prig. Schauffee) aus, statt. Der Sachb. d. Former u. verw. Berufsge.

Neu **G. Sodtke**. Admiralstr. 38  
Kräftige Bouillon von 10 Uhr ab a 15 Pf.  
Mittagsisch (Hausmannsloft) a 50 Pf. mit Bier.  
Abendisch nach Belieben. Billig und kräftig. [939]

Den Mitgliedern des Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter zur Nachricht, daß mit dem heutigen Tage die geschäftliche Leitung des Vereins, wie Anmeldung von Kranken, Rechtschutz, Maßregelungen etc. an den zweiten Vorsitzenden, Kollege Schaar, übergehen. Sprechstunden täglich von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr Abends, Sonntags von 8 bis 10 Uhr Vormittags, Reichsbergerstr. 125, Hof, 2 Tr. 1. Ich sage allen Kollegen, Freunden und Genossen bei meinem zweimonatlichen unfreiwilligen Fernsein ein herzliches Lebewohl. [1564]  
**Fr. Zubell.**

Reinen Freunden und Genossen die ergebene Anzeige, daß ich die  
1548  
**Restauration**  
des **Hrn. Gerike, Wienerstr. 50,**  
läulich übernommen habe.  
Jedem ich hiedurch ein freundlichen Zuspruch bitte, wird es mein eifrigstes Bestreben sein, allen Wünschen meiner geehrten Gäste Rechnung zu tragen.  
Wachtungsvoll  
**Jul. Kadatz.**

Wo spüren Sie?  
In der ersten alten pommerischen Küche, Dranienstraße 181, Hof parterre, bei Klein. Frühst. 30 Pf., Mittagstisch m. Bier 50 Pf., Abendisch, v. 30—50 Pf., nach Auswahl. 1440

**Möbel, Spiegel u. Polsterwaren**  
eigener Fabrik von **E. Hertel**, Tischlerstr., Finienstr. 180, diät a. d. Friedrichstr.  
Große Auswahl  
und ganze Zimmer-Einrichtungen  
wirklich vorkler und guter Möbel,  
in nußbaum und mahagoni, Garnituren in  
Pflanz, Risp und Phantastestoff. Stoffe liegen  
zur Auswahl bereit. [815]  
Theilzahlung gestattet.

**Restaurant**  
**Ferd. Mitani,**  
Wiener-Straße 31,  
empfiehlt allen Freunden und Bekannten sein neu renovirtes  
**Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal.**  
Guter, reichhaltiger Frühstück-, Mittags- und Abendisch. [1400]  
Ein großes Vereinszimmer steht den geehrten Gästen zur Verfügung.

**August Herold**  
Berlin SO., 112 Skalitzerstrasse 112.  
**Möbel-, Spiegel- u. Polsterw.-Magazin.**  
Eigene Fabrik. Solide Preise. Prompte Bedienung. 784

**7 Mark.**  
Wollene Stoff-Rosen neuester Façon.  
**20 Mk. elegante Anzüge.**  
**15 Mk. Sommer-Paletots.**  
**4 Mk. elegante Knaben-Anzüge.**  
**Gebr. Neustadt,** [1523]  
Jerusalemstr. 41, Ecke Krausenstraße.  
Soeben erschien Nr. 28 des  
**„Wahren Jakob“.**  
Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44. [1229]

Soeben erschien:  
**Die Sozialdemokratie**  
vor dem Deutschen Reichstage  
Stenographischer Bericht der Verhandlung  
des Deutschen Reichstages am 30. März 1890.  
Drittes Heft.  
Zu beziehen durch die Expedition des „Berliner Volksblatt“, Berlin SW., Zimmerstraße 44.  
**Schlossergesellen**  
werden verlangt. **Mädler, Raumnstr. 26.**  
Zwei tüchtige Formwergesellen  
Kellerei verlangt  
**G. Franks, Rigdorf, Steinmetzstr. 19.**

Der Prozeß Eckert.

II.

(Hamb. Post.) Die Lungenschwindsucht ist die Geißel des 19. Jhs. Lassen wir die Zahlen sprechen. Gehen wir aus den zahlreichen Gruppen der Metallarbeiter einige Erwerbszweige heraus und betrachten wir sie nach den Krankheitsarten, von denen sie befallen werden. Es litten

Table with columns: Erwerbszweige, Bthhste, Chron., Empfy., Pneumonie, In Ganzen. Rows include Grobschmiede, Nagel-, Messer-, Säge u. Sägemaschine, Schloffer, Feilenbauer.

Man sieht, bei diesen Branchen zählen hohe Prozentätze ihrer Kranken zu den Lungenschwindsüchtigen. Gradezu kolossal ist die Ziffer bei den Feilenbauern, indem von 100 erkrankten Feilenbauern durchschnittlich 91,8, also fast 92 an Krankheiten der Athmungsorgane laboriren, an Lungenschwindsucht speziell nicht weniger als 74,4 und darunter wieder an Bthhste, an Lungenschwindsucht 62,2!

Diese statistische Tafel ist mit ihren nüchternen Ziffern die furchbarste Warnungstafel auf dem Wege, den unser moderner Industrialismus unaufhaltsam wandelt. Sie ist ein erschreckender Zeiger in dem Sollen und Haben des Kapitalismus, aus dem wir lernen, wie großartig die Gefahren sind, die dem Volke unserer anarchischen Wirtschaftsordnung zum Opfer fallen. Die Sterblichkeit unter der gewöhnlichen Bevölkerung im Alter von 80 Jahren und darüber ist nicht halb so groß, wie z. B. unter den Schleifern von Solingen, es ergibt sich ein Unterchied, den die gewandtesten Harmonikapfeiler nicht wegdisputiren können. In dem sogenannten „schönen Alter“, das aber für die unglücklichen Schleifer nur eitel Mühe und Plage ist, werden die meisten von der lächerlichsten aller Krankheiten dahingerafft. Das blühende Rennebälger ist es, in dem diese Branche schonungslos dezimirt wird. Sind doch von den in den Jahren 1870-74 Gestorbenen über 50 Jahre:

Schleifer 1,8 pCt., Eisenarbeiter 9,2 pCt., die übrige Bevölkerung 21,9 pCt.

Dies zeigt uns, wie wenig Schleifer eine höhere Altersgrenze erreichen, es beweist, daß die deftigen Arbeiter in Bezug auf Krankheitsart und Mortalität der Bourgeois gegenüber das traurige Vorrecht haben, am leichtesten häufigsten und schwersten zu erkranken, am schnellsten dahin zu stürzen und zu sterben.

Lassen wir A. Thun\*) sprechen: „In den hiesigen Tuchfabriken wurde während des hausindustriellen Betriebes von 7 bis 7 1/2 Uhr, nach Einführung der Maschinen von 6 bis 8 Uhr und während der Blüte des amerikanischen Geschäfts sogar Nachts gearbeitet; ähnlich war es in den Spinnereten und Kragen-Fabriken. Das Minimum der Arbeit in den Textil-Fabriken war effektiv 12 Stunden; gewöhnlich betrug sie 14-15 Stunden, oft und zwar nachweisbar 16-17 Stunden. Die Kinder arbeiteten tags in Reih und Glied mit den Erwachsenen. Die ganze Arbeitszeit über blieben sie ununterbrochen in der Fabrik, selbst ihr Mittagmahl, oft nur in einem Stücklein Brot bestehend, schlangen sie zugleich mit dem Staube des Spinnfaals in sich hinein; von Bewegung in freier Luft war keine Rede, wo sollten sie bei schlechtem Wetter und bei der Kälte in ihrer förmlichen Kleidung hin? Das Resultat war: Schwächlinge, übermüdet, der Kopf gründig, die Augen triefend, die Brust schmerzhaft, der Magen leidend; zum Militärdienst taugten sie nicht, in die Schule kamen sie nicht...“

Wir glauben, dieses Bild ist anschaulich, ist typisch. Ueber die Wohnverhältnisse können wir uns sehr kurz lassen, da wir sie schon oft berührt haben. Abscheuliche, enge, licht- und luftlose Höhlen, das sind die Quartiere des größten Theils der Arbeiter. In hiesigen kommen im Bourgeoisviertel auf eine Person zwei Räume, in den Arbeiterwohnungen auf drei durchschnittlich 2,3 bis 3,6 Menschen in einer Etage zusammen. Das genügt!

So kommt es, daß das werththätige Volk rasch ins Grab sinkt, daß die Geschlechter der Proletarier so rasch sich ablösen, daß die geistige und leibliche Entartung des Proletariats einen immer gewaltigeren Umfang annimmt, daß, um die neureichdeutschen Patrioten an ihre Interessen zu mahnen, das Mißmaß stetig herabgesetzt werden muß. Zunahme der Noth, des Elends, Verschlechterung der wirtschaftlichen Lebenshaltung, mangelhafte Ernährungsweise, schauerhafte Gesundheitsverhältnisse, Verkürzung der durchschnittlichen nationalen Lebensdauer, steigende Krankheits- und Sterbeziffer, das ist das Loos der Arbeiterklasse.

Der Knabe Eckert litt so und starb so, wie gemeinlich das werththätige Volk leidet, leidet und stirbt. Sein Untergang ist die Martyrologie des Proletariats.

Für den Knaben Eckert trat die Staatsgewalt, der öffentliche Ankläger, in die Schranken, um für den Geforderten Rechenschaft zu fordern; für das Kind des reichen Mannes, der mehr als zehntausend Mark Jahresrente besitzt.

Wer aber erhebt Anklage für die unendlichen Leiden des Volkes?

Wer erhebt Anklage und wer straft die Unternehmer, die Kapitalisten, die Fabrikanten, die in ihren Fabriksälen, in ihren Werkstätten Myriaden jugendlicher Arbeiter exploirt?

Wo findet das Volk Schutz gegen die systematische Ausbeutung, gegen die methodische Erschöpfung der Arbeitskraft, gegen die schrankenlose Ausnutzung, gegen alle die Mißstände des Kapitalismus?

Das Volk selbst muß dafür sorgen, daß die Ursache seiner Leiden, die soziale Noth, beseitigt, daß die Produktionsweise reformirt wird.

Also entschiedenster Kampf für gründliche Arbeiterschutzgesetzgebung, für soziale Reform auf volksthümlicher Grundlage!

Set das Volk Staatsanwalt, sei das Volk der Kläger, der an die Gesellschaft den ersten Mahnruf richtet: Schafft bessere Zustände!

Das lehrt uns Der Prozeß Eckert. \*) Krankheiten der Luftröhren, des Kehlkopfs. Industrie am Niederrhein, I. Th. S. 177.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

65. Sitzung vom 4. Mai, 12 Uhr.

Am Ministerische: v. Götter, Lucius und Kommissarien, später Fürst v. Bismarck und v. Puttkamer. Die Tribünen sind überfüllt.

Das Haus tritt in die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Änderungen der kirchenpolitischen Gesetze, ein.

Abg. Sney (gegen die Vorlage): Meine hochzuverehrenden Herren! (Oho! im Centrum. Heiterkeit.) Die nationalliberale und in ihrer großen Mehrzahl auch die konservative Partei hat die kirchenpolitischen Vorlagen der Staatsregierung 1872 bis 1875 unterstützt in der Ueberzeugung, daß Gesetze dieser Art notwendig seien, um das Nebeneinanderstehen zweier historisch von Hause aus regierender Kirchen in unserem Lande zu ermöglichen. Wir haben das mühevollen Werk damals zu Stande gebracht, keineswegs in der Meinung, etwas Vollkommenes zu schaffen; wir wußten, daß Reibungen zwischen Kirche und Staat für längere Zeit aus solchen Gesetzen entstehen, und unvorhergesehene Härten in der Ausführung zu befürchten waren, wenn wir nach unseren Kräften bereit. Auch die gegenwärtige Regierungsvorlage ist der Art, daß ihr in ihrer ursprünglichen Gestalt eine Anzahl meiner politischen Freunde für gewisse einzelne Zugeständnisse zuzustimmen sehr wohl im Stande sein würden. Aber gegen die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt müssen wir an dieser Stelle die nach unserer Ueberzeugung wesentlichen Grundzüge der Kaiserregulierung aufrecht erhalten, nicht aus Feindseligkeit gegen die Kirche (wachen im Centrum), so wenig wie die österreichische und mittelstaatliche Gesetzgebung aus Feindseligkeit gegen die römische Kirche eingegangen ist, sondern wegen der Natur dieser Kirche aus rein sachlichen Gründen. Um nur einige wichtigste Gesichtspunkte hervorzuheben, welche die Vorlage in dieser zerrissenen, unzusammenhängenden Gestalt unannehmbar machen, so sind dies folgende: Ein erstes Hinderniß ist der Verzicht des Staates auf die für ihn notwendige Mitwirkung bei der Vorbereitung der Geistlichkeit. Daß die Berufsbildung der Geistlichen eine immense kirchliche Angelegenheit ist, wird heute von Niemandem bestritten. Der Staat kann an der strengen Hierarchie der römischen Kirche nichts ändern. Er muß den Bischof der katholischen Geistlichkeit anerkennen, obgleich derselbe die Diener der Kirche dem nationalen Leben in gewissem Maße entfremdet. Er muß auch die Ausbildung der von uns sogenannten Kandidaten für das Priesteramt, für den unmittelbaren Dienst der Kirche in den Priesterseminaren als rein kirchliche Angelegenheit gelten lassen. Aber das Vorhandensein dieses Personals in dem Stadium der Umwandlung und Reifezeit, vor Empfang der höheren Weihen, kann der Staat nicht anders als eine gemeinschaftliche oder gemischte Angelegenheit ansehen, weil davon in Deutschland der Friede zwischen den Bekennern beider Kirchen an erster Stelle abhängig ist. Ein Mangel der jetzigen Vorlage für uns ist die verkehrte Situation, in welche die sogenannte Anzeigepflicht jetzt gekommen ist. Die Pflicht eines jeden Geistlichen, sich durch sein Anstellungsvertrag auszuweisen, ist überhaupt keine „Konzeßion“, welche der Staat von irgend Jemandem zu erbitten hätte. Der Geistliche, der irgend eine Lage anstellt, der irgend einen Anspruch auf Stolzgebühren, Dem oder andere Temporalien erhebt, der im Kirchenvorstand mitwirkt, der irgend ein Amt mit öffentlichem Glauben ausfüllt, muß sich zur Sache legitimiren, sei es durch ein Anstellungsvertrag, durch eine amtliche Anzeige oder analoge Beglaubigung. Dieser Punkt kann doch kein Streitpunkt sein, sondern ist selbstverständlich. Die Kaiserregulierung haben aber die Anzeigepflicht in Verbindung gebracht mit dem Einspruchsrecht des Staates gegen die Anstellung, nicht als eine Konzeßion der Kirche, sondern als eine Konzeßion des Staates an die Kirche. Der preussische Staat beansprucht für die Anstellung der Geistlichen kein Bestätigungsrecht, wie es in Bayern, Elsaß-Lothringen und anderen deutschen Staaten besteht, bis in die neueste Zeit auch in Sachsen. Er beansprucht auch seit den Kaiserreguliren kein allgemeines Veto mehr, kein Verbot der Ausübung des Amtes, wie es aus dem unbeschränkten Aufsichtsrecht des preussischen Landraths und anderen Gesetzgebungen folgt. Er beschneidet sich vielmehr auf bestimmte enghalgene Gründe des Widerspruchs gegen eine Besetzung der Stelle, die in den Kaiserreguliren weit mehr beschränkt sind, als in Bayern, Württemberg, beiden Hessen und anderen Ländern. Er beschränkt sein Einspruchsrecht weiter auf eine kurze Frist von 30 Tagen und beschränkt es bis zu der späteren Noelle auch noch durch einen Gerichtsprozeß. Das Recht zu einem solchen Widerspruch kann man doch unmöglich dem preussischen Staat bestreiten, wenn man überhaupt ein staatliches Aufsichtsrecht anerkennt, d. h. ein Unterjagungsrecht, ein Recht, Störungen des öffentlichen Friedens und Hindernisse der öffentlichen Ordnung zu beseitigen. Wie eine Gesetzesvorlage in der jetzigen Gestalt ohne sorgfältige Beratung in einer Kommission von wenigstens 21 Mitgliedern behandelt werden kann, ohne ein für ein preussisches Gesetz nahezu unausführbares, widerspruchsvolles Material zu liefern, ist nicht wohl einzusehen. Denn wenn ich von mir selbst schließen darf, so wird keiner auch der nachfolgenden Redner im Stande sein, die Tragweite dieser durcheinander gemworfenen Sätze und ihr Verhältniß zu einer Reihe anderer Verwaltungsgesetze mit einiger Sicherheit zu überschauen. Eine Beratung im Plenum ohne die nothdürftigste Information über die Einzelheiten dieses schwierigen aller Staatsrechtgebiete könnte nur auf eine Formalität hinauslaufen. Gegen solche Ueberführungen sollten wir die Rede unserer eigenen Geschichte doch nicht ganz vergessen. Alle Konkordate und organischen Gesetze Deutschlands, welche in ruhiger sachverständiger Erwägung der verwickeltesten Kirchenverhältnisse mit reifstehendem Verstand erlassen sind, haben sich erhalten bis heute. Alle im Friedenstaumel, alle in konstitutionellen Verlegenheiten, alle zur Erreichung anderer politischer Zwecke beschlossenen Konkordate und Gesetze sind ausnahmslos bei Seite gesetzt und weggeschafft worden bei der nächsten Wendung im konstitutionellen Staat und haben den Kirchenstreit nur verlängert und verbittert. Die heutige Lage macht eine organische Gesamtkonzeßion unserer kirchenpolitischen Gesetzgebung zu einem Postulat, welches alle Parteien nicht anders als in vollem Ernst stellen können. — Wollen Sie das in Erwägung ziehen bei unserem Antrag auf ernsthafte Beratung in einer Kommission von 21 Mitgliedern. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Windthorst: Die Rede, welche wir soeben gehört, fordert sehr stark zu einer Erwiderung auf. Sie erinnert lebhaft an alle die Vorträge, welche wir von dem verehrten Herrn im Laufe der kirchenpolitischen Streitigkeiten gehört, und sie würde sich sehr viel besser ausgenommen haben, wenn sie 1873 gehalten worden wäre. (Sehr richtig! im Centrum.) Im Namen aller meiner fraktionsgenossen, die in voller Einmüthigkeit zusammenstehen und zusammenbleiben werden (hörl! hört!), habe ich zu erklären, daß wir die Vorlage, wie sie aus dem Herrenhause an uns gekommen ist, einfach ablehnen. Wir haben allerdings unsere Bedenken, aber wir lassen für jetzt die Sachen an sich beruhen (Heiterkeit links) und nehmen an, was geschaffen worden ist, nicht in Ueberzeugung, nicht in Ueberstürzung, sondern nach sorgfältiger Ueberlegung der Regierung und vor Allem auch im Herrenhause. Wir werden deshalb unsererseits auch keine Amendements stellen. Sollten welche gestellt werden, so würde es sich finden, wie wir dazu Stellung zu nehmen hätten. Wir werden in keiner Weise irgend ein Veto setzen, was nach der einen oder der anderen Seite den Verhandlungen präjudiziren könnte, die off nbar über alle diese Dinge zwischen der Regierung und der Kurie bestehen. Wir sind erheut über die Lage, in der wir uns jetzt befinden, nicht weil wir nun glauben, so Außerordentliches erreicht zu haben (hörl!), sondern weil wir der Ansicht sind, daß der vollständige Beweis gegeben ist, daß es der Kurie und — ich betone es mit besonderer Befriedigung — auch unserer Regierung und vor allen Dingen dem leitenden Staatsmann ernst ist, die Sachen zu Ende zu bringen. (Lebhafter Beifall im Centrum.) Wenn der Vortrager gemeint hat, er möchte eine Kommissionsberatung beantragen, so werden Sie begreifen, daß meine Freunde und ich nach mehrerer Erklärung einen Stoff für kommissionäre Beratung nicht finden. Da wir aber Aemadem einen Vorschlag aufzulegen wollen, so müssen wir es den Herren überlassen, ob sie eine Kommission durchsetzen wollen; wir stimmen nicht dafür, weil wir glauben, daß es gut und richtig ist, diese nun so lange schon schwebende Sache thutlich rasch zu Ende zu bringen und weil wir noch eine so große Zahl der aller schwierigsten Aufgaben hier und im Reichstag zu lösen haben. (Beifall.)

Abg. v. Jagemann: Sie werden es natürlich finden, daß wir (Volen), die wir in diesem großen Kampfe mit dem Centrum zusammengearbeitet sind, in der soeben angekündigten Zurückhaltung desselben auch eine gewisse Rücksicht für uns erblicken mit einem Vorbehalt. Die Artikel 2 und 14 der Vorlage enthalten Ausnahmsbestimmungen für die Diözesane, die wir hier vertreten, und wir sind genöthigt und verpflichtet, diesen und unsern Wählern gegenüber ein Amendement zu stellen, auf Erziehung des Alinea 5 im Artikel 2 und des Alinea 2 im Artikel 14, weil wir glauben, daß diese im Herrenhause eingefügten Klausel von keiner Seite gerechtfertigt worden ist.

Abg. v. Rauchhaupt: Ich habe Namens meiner politischen Freunde die Erläuterung abgegeben, daß die Konzeßionen für die Beischlässe des Herrenhauses, wie sie an uns gekommen sind, geschloffen stimmen (Wassol! im Centrum) und uns auch nicht für Kommissionsberatung, sondern für sofortige Beratung im Plenum entscheiden werden. Erleichtert wird uns unsere Stellung in diesem schwerwiegenden Augenblick durch die gründliche Arbeit des Herrenhauses und seinen mit großer Reife gefassten Beschluß, daß das Eintreten des Reichskanzlers für diesen Beschluß und seine Abstimmung für denselben. Wenn letztere auch nur in seiner Eigenschaft als Mitglied des Herrenhauses erfolgte, so ist sie doch gerade für uns als Mitglieder des anderen Hauses von ganz besonderem Werth — und durch das im Laufe der Verhandlungen thatsächlich wachsende Entgegenkommen der Kurie. Aber daneben bestimmen uns auch innere Gründe, geschloffen für die Vorlage einzutreten. Die konservative Partei hat seit Jahren die organische Revision der Kaiserregulierung gefordert, und alle Parteien in diesem Hause waren zu jener Zeit darüber einig, daß in den Kaiserreguliren Bestimmungen enthalten seien, die in das innerkirchliche Leben der katholischen Kirche eingriffen, auch die Liberalen waren dieser Ansicht. Die Eingriffe der Synode wurden lediglich im Mißtrauen, theils gegen sie selbst, theils gegen die Kurie. Man zweifelt einerseits an der Hoffnung, zu einem dauernden Frieden zu gelangen; die in der Jacobinischen Note an die Regierung der Anzeigepflicht geknüpften Vorbehalte ließen diese Hoffnung nicht auskommen, da von einem Weltensinken der Staatensprüche in der Note nicht die Rede sei. Alle diese Bedenken der Gegner ruhen nur von Mißmuth gegen sich selbst. Die konservative Partei hat in kirchenpolitischen Dingen ein so gutes Gewissen, daß sie der zukünftigen Entwicklung in Ruhe entgegen gehen kann, sie weiß ganz genau, wie weit die Grenze zwischen Kirche und Staat getreut wird, und sie hat nicht das Mißtrauen gegen unsern leitenden Staatsmann, noch auch gegen die Synode, daß uns Vor schläge gemacht werden, die über diese Grenze hinausgehen; wir vertrauen, daß aus den ferneren Verhandlungen in Rom der Friede erwachsen wird. Wir geben nicht von den Realen des Staats auf, wir wollen nur unsern katholischen Mitbürgern den Frieden wiedergeben, den sie lange ersehnen, den Mitbürgern, die uns die Einheit des Reichs haben erlumpfen lassen (Beifall im Centrum) und wir hoffen, daß dieser Friede so einmüthig wie möglich erzielt werden möge. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. v. Cuno: Wir Nationalliberalen werden geschloffen gegen die Beischlässe des Herrenhauses stimmen. Herr v. Rauchhaupt hat uns Mißtrauen gegen die Kurie zum Vorwurf gemacht; ich erwidere: Ja, ich habe Mißtrauen gegen die Kurie! (Unruhe im Centrum und rechts.) Ich persönlich bin vor drei Jahren an dieser Stelle in derselben Lage gewesen, Namens der Nationalliberalen die ablehnende Haltung zu den damaligen Arbeitsbeschlüssen auszusprechen, ich habe damals dargelegt: Wir würden wünschen, daß diese Vorlage einen günstigen Abbruch in den Verhandlungen mit der Kurie bedeuten möchte, das wünschen wir, die wir diese Verhandlungen mit der Kurie von jeder mit dem größten Mißtrauen angehen haben u. s. w. Haben sich Uebelsünde ergeben, denen Abhilfe geschaffen werden muß, so ist diesen auf dem Wege der einseitigen staatlichen Gesetzgebung entgegenzutreten, ohne Uebernahme von Verpflichtungen gegen die Kurie; so wurde es 1880 mit der ersten kirchenpolitischen Novelle gehalten, für die auch ein großer Theil meiner Freunde gestimmt hat, und ich bedenke mich trotz der schweren Angriffe, die uns gerade jene Abstimmung von 1880 zugezogen hat, noch jetzt davon. Unser Mißtrauen hat neue Nahrung gefunden durch die Note des Kardinals Jacobini die uns noch hinter das Judenthum, was bei den Herrenhausverhandlungen bereits als feststehend galt. Wie Herr von Rauchhaupt unseren Erfahrungen in den kirchlichen Kämpfen gegenüber von einem dauernden Frieden sprechen kann, verstehe ich nicht; wir können auch nicht einmal den Weg zu einem vorübergehenden Frieden erblicken, sondern leben in der Nichtanerkennung eines wirklichen Einspruchsrechts den Reim zu neuen Kämpfen. Und hat uns nicht Herr Windthorst oftmals mit donkerswerther Entschiedenheit nach dem Ende des Kulturkampfes den Kampf um die Schule angekündigt? Das soll der Weg zum Frieden sein? Aus diesem Grunde können wir für die Vorlage nicht stimmen. Wir leben voraus, wenn jetzt in dem Kampfe zwischen Staat und Kirche ein anderer Ton zur Geltung kommt, entschieden wird der Kampf von Neuem. Wir haben in dem bisherigen Kampf um Staatsgehörden; wenn der Staat von Neuem im Kampf der Kurie gegenübersteht, so werden wir von Neuem um Staatsgehörden stehen.

(Beifall links, Lärm im Centrum.) Wir werden geschlossen gegen die Herrenhausbeschlüsse stimmen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Ministerpräsident, Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Meine Herren, ich will nur mit wenigen Worten einem Irrthum in Beziehung auf zwei verschiedene Seiten der Sache vorbeugen, der sich an eine Verweigerung des Herrn Vorredners knüpfen könnte. Der Herr Vorredner hat einmal gesagt, daß durch die neueste Note des Kardinalstaatskristers, die gestern mitgetheilt worden ist, die Situation zum Nachtheil der Regierung hinter diejenige zurückgedrängt worden sei, welche zur Zeit der Verhandlung im Herrenhause bestanden habe. Damals habe die Note vom 4. v. M. die ständige Anzeige in Aussicht gestellt, während die jetzige Note sich nur auf die Anzeige in Bezug auf die jetzt valanten Parastellen bezieht. Letzteres ist ja ganz richtig, aber diese jüngste Note ist ja auch durchaus nicht der definitive Abschluß; es ist nicht diejenige Erklärung, die wir von der Kurie zu erwarten haben nach der Zusage vom 4. April, die wir zu erwarten haben, nachdem das jetzt in Berathung befindliche Gesetz verabschiedet und promulgirt sein wird, sondern es ist, wenn man will, eine Abschlusssatzung, die von der Kurie geleistet ist, in der Absicht, das gegenseitige Vertrauen zu stärken und das Mißtrauen, das hier ja gegen die Absichten der Kurie ausgesprochen ist, abzuschwächen durch eine theilweise Erfüllung. Wenn die Kurie noch jetzt in diesem Augenblicke einen entgegenkommenden Schritt, eine theilweise Erfüllung ihrer Zusage, aber nicht die vollständige, für angezeigt gehalten hat, so denke ich mir, sie hat damit vielleicht auf eine mögliche Einknistung der Verhältnisse dieses Hauses hinwirken wollen (Heiterkeit); sie hat vielleicht gehofft, daß noch einem solchen Beweise von bona fides auch die Freunde des Herrn Vorredners das Mißtrauen, von dem er sich besetzt erklärt, würden fallen lassen — ein Mißtrauen, das er gegen die Kurie ausgesprochen hat, das ich aber gegen die Herrschaft den jetzt regierenden Paps Leo XIII. in keiner Weise theile. (Bravo! im Centrum.) Im Gegentheil, ich habe Vertrauen zu ihm, ohne daß ich deshalb von dem Herrn Vorredner so weit divergier, daß ich zu den Bestrebungen der römischen Hierarchie immer und unter allen Umständen und in Bezug auf alle Personen Vertrauen gehabt hätte. Zu dem jetzt regierenden Paps aber habe ich Vertrauen. Der Herr Vorredner hat dann die zweite irrtümliche Voraussetzung aufgestellt, daß die Autonomie der preussischen Gesetzgebung durch irgend ein zweiseitiges Geschäft hier beschränkt und beeinträchtigt worden wäre. Wir haben keine Vorklagen machen wollen, wenn wir hätten befürchten müssen, daß durch sie der Friede, uns dem Frieden näher zu bringen, von Hause aus nicht erreicht werden könnte, daß jener Bruch vielmehr in Folge des Widerspruchs der Kurie absolut angeknüpft worden wäre. Dabei haben wir sonderlich, ob die Vorlagen, die wir zu machen beabsichtigten, als ein Entgegenkommen bei der Kurie aufgefaßt und einen dem Frieden günstigen Eindruck machen würden, oder ob die Kurie sich wiederum verpflichtet halten würde, gegen ein Entgegenkommen, das nicht alle ihre Wünsche und Forderungen erfüllte, ihrerseits Front zu machen. Daß wir uns also vergebens, ist eine ganz natürliche diplomatische Vorsicht. Der Friede, den wir erstreben, läßt sich in bestimmte Paragraphen nicht fassen. Die todten Paragraphen allein helfen uns wenig, es gehört dazu, daß von beiden Seiten in der Ausführung der Bestimmungen ein guter Wille vorhanden ist. Es wird Blas genug leiden, um dem Hohn der Parteikämpfe die nöthigen Schlachtfelder zu liefern. Es kann deshalb auch nicht die Tendenz der neuen Frontlage sein, um mit Sicherheit in ähnlicher Weise, wie der Frankfurter Friede oder der Hubertusburger Friede, einen festen, klaren Friedensschluß zu schaffen, der sich a priori als solcher ganz bestimmt erweisen und übersehen läßt. Ich möchte also empfehlen, diesen Schritt nicht zu unterschätzen, sondern auch unsererseits zu thun, was wir können, um das Mißtrauen und den Kampfesjorn aus unserem eigenen Herzen los zu werden und auch dem Herrn der Gegner nach Möglichkeit den Stachel zu nehmen. Wer nicht Minister ist, der kann sich ja den Luxus erlauben, eine eigene Parteiansicht öffentlich und öffentlich zu vertreten; in ministerieller Stellung, in der eines leitenden Ministers, bin ich nicht in der Möglichkeit, mich auf einen Parteistandpunkt zu stellen; ich kann vorübergehend den einen wie den anderen zu agnoscieren für das Vaterland für nützlich halten, aber ich kann dauernd keiner Partei angehören, sondern ich muß mich immer fragen, was ist in diesem Augenblicke der Gesamtheit des Vaterlandes nützlich, zweckmäßig, was kann zu seinem Fortkommen dienen? — Die freisinnige Partei verliert ja mit dem Kulturkampf, um ihn kurz so zu bezeichnen, die 40 Points, die sie in der Partei dadurch immer vor hat gegen die Regierung, daß sie den Streit schon vorfindet, und sich nur auf Seiten der Gegner der Regierung zu stellen braucht. Also, daß die Herren von der fortschrittlichen Presse in einem großen Hohn über die Möglichkeit gerathen, daß die Annehmlichkeit des Kampfes gegen die Regierung ihnen genommen werden solle, das begreife ich vollkommen. Ich möchte die Herren, welche das Vorgehen der Regierung tadeln, bitten, doch ihrerseits dasjenige oder diejenigen Gesetze genau zu bezeichnen, deren Abschaffung wir beantragen, die Sie aber für den preussischen Staat absolut und dauernd für unentbehrlich halten, dieselben auszusondern und nachher zu sagen, vielleicht durch Amendements: dies und das müssen wir haben, ohne das kann der preussische Staat nicht leben. Auf den gleichen Amendements beabsichtige ich nicht einzugehen, sondern ehmlich zu versuchen, ob wir den Frieden auf dem Wege, den wir jetzt eingeschlagen haben, finden oder wenigstens doch ihm näher kommen, so daß er Wurzel schlagen und sich entwickeln kann. Es hat sich eine, ich möchte sagen, tömische Situation polemik darüber erhoben, ob ich vor sechs Jahren einmal das Bild gebraucht hätte: wir wollten die Waffen nur auf den Fechtboden niederlegen, um sie jeden Tag wieder aufnehmen zu können. Nun, meine Herren, ich bestritte dies nach meinem inneren Gefühl und nach meinem Geschmack; ich kann ja nicht alle Worte im Gedächtnis haben, die ich seit sechs Jahren gesagt habe; aber daß ich dieses Bild jemals gebraucht haben kann, das bestritte ich. Was ein Fechtboden ist, ist mir von Göttingen her sehr genau bekannt. (Heiterkeit.) Ich würde niemals auf den Gedanken kommen, da politische Waffen niederzulegen. Dieses Bild habe ich nie gebraucht, es besteht für mich nicht. Ich mache diesen Versuch in dem von Sr. Maj. dem König geheilten und anerkannten Vertrauen nicht nur zu Sr. Heiligkeit dem Paps, sondern auch zu unsern katholischen Landesleuten, daß sie ehmlich die Hand dazu bieten werden, auf dem Raum, welchen wir frei machen von dem Schwert, den die Maßregeln darauf gelassen haben — denn Trümmer sind sie ja nur noch — den Fechtstempel mit uns errichten, die Friedensscheide mit uns ehmlich pflegen, begießen und pflegen wollen. Ich meinerseits werde ehmlich die Hand dazu bieten. (Vehement Bravo im Centrum.) Rühmt uns das nicht zum Ziel, so werden Diejenigen, die das Heil des Staates und seine Sicherheit nur im Fortbestehen und erröthen Kar-p'e finden, sobald sie eine parlamentarische Mehrheit dazu aufbringen können, ja in der Lage sein, eine ganz neue Auflage von Kirchengeleyn, Kampfesgeleyn und Maßregeln zu machen, dann aber besse ich, daß sie etwas politischer und weniger juristisch ausfallen wie die vorigen. (Heiterkeit.) Ich würde dankbar sein, wenn wir ohne zu große Polemik und auch ohne Verweisung an die Kommission die Vorlage so wie sie uns vom Herrenhause einmal geflossen ist, als einen Versuch betrachten, von dem wir mit Gott eine Entwicklung unseres inneren Friedens erwarten. (Vehement Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. von Beldig-Neufirk. Ich glaube, ich

kann die volle Bereitwilligkeit meiner politischen Freunde dazu erklären, die Friedensscheide mitzufangen sie begießen und entwickeln zu helfen. Ich glaube, daß der gegenwärtige Moment durchaus zu dem ersten Versuche geeignet ist, zu friedlichen Beziehungen zwischen Staat und Kirche zu kommen. Die ganze Lage drängt, zu einem Abschlusse zu gelangen. Ich streife die Punkte nur, welche am Himmel der auswärtigen Politik uns gezeigt worden sind. Aber die schweren Aufgaben im Reiche, verstärkt durch die futuristischen Bestrebungen der Sozialdemokratie, bedingen im Interesse der gesamten Nation, daß die Scheidewand beseitigt wird, welche die katholischen Mitbürger bisher verhindert hat, in Unbefangtheit sich an den allgemeinen Arbeiten zu betheiligen. Auch ist die Voraussetzung für einen Frieden zwischen Staat und Kirche dadurch gegeben, daß der gegenwärtige Leiter der katholischen Kirche von friedlichen Sinnungen gegenüber Deutschland erfüllt ist. Herr v. Kauphaus steht hier die Sache viel zu ruhig an. Ich besorge, daß durch die Erziehung in Priesterseminaren, namentlich aber in Gymnasialkonvikten, die Gefahr gegeben ist, daß zwischen der Ausbildung der Geistlichen in denselben und der Ausbildung der übrigen Nation eine Art eiserner Mauer aufgerichtet wird. So schwer die Bedenken aber auch sein mögen, unter der Voraussetzung eines modus vivendi, wenn auch nicht eines definitiven Friedens, werden wohl alle über dieselben hinwegsehen können. Darüber geben die Ansichten meiner Freunde auseinander, ob die Annahme der Beschlüsse des Herrenhauses den Frieden bedeutet, oder ob nicht vielmehr in den Reservaten, die noch nebenher laufen, verderbliche Keime liegen. Einige theilen die Auffassung des Reichskanzlers, daß an der Friedfertigkeit der Kurie kein Zweifel bestehe. Von Anderen — und ich theile diese Auffassung — erscheint die Vorlage keineswegs die Gewähr der Erlangung eines modus vivendi zwischen Staat und Kirche zu enthalten. Wir meinen, daß die Unbestimmtheit der Forderung einer zukünftigen Revision die Bürgschaft ausschließt; denn in ihr liegt die Möglichkeit eines neuen Zwiespalts und noch anderer Kämpfe als die bisherigen gewesen. Deshalb meinen wir auch durch ein zur Zeit ablehnendes Verhalten dem Interesse des Friedens besser zu dienen, weil man erkennen wird, wie großer Werth hier auf ein abschließendes Wort gelegt wird. Von Friedensliebe sind wir also alle erfüllt und ich stehe nicht an zu erklären, daß die größte Genugthuung haben würden, wenn durch die Annahme der Beschlüsse das Friedenswerk gefördert würde. (Beifall rechts.)

Abg. Seyffardt (Magdeburg): Ich danke dem Herrn Reichskanzler für sein Betreten, der Stellung der nationalliberalen Partei in dieser Frage gerecht zu werden. Es ist ihm aber doch nicht ganz gelungen. Er sagte, wir könnten uns den Luxus einer eigenen Meinung gestatten, er hat aber dabei vergessen, daß für uns die Aufrechterhaltung des Parteistandpunktes kein Luxus, sondern eine Nothwendigkeit ist. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Was bei den Freisinnigen und im Centrum.) Wir stehen heute auf demselben Standpunkte, wie vor einer Reihe von Jahren (Was bei den Freisinnigen und im Centrum.), den die Staatsregierung in den letzten Jahren eingenommen, daß der Staat einseitig das Recht hat, die Gänge zwischen Staat und Kirche zu ordnen. (Bravo! im Centrum.) Wir sind aber, da wir praktische Politiker sind (große Heiterkeit links und im Centrum.), praktisch in die Verhandlungen über die früheren Novellen mit eingetreten, weil wir meinen, daß sie unmöglich zum Frieden führen könnten. (Lachen im Centrum.) Wenn wir uns hier ebenso verhalten, so ist dies nur dem zuzuschreiben, daß wir meinen, es ist der modus vivendi zwischen Staat und Kirche wohl herbei zu wünschen, aber durch die Vorlage nicht zu erreichen. (Bravo! und Lachen im Centrum.) Es wird mir bei der hohen Verehrung des Herrn Reichskanzlers unendlich schwer, zu verstehen, daß es durch Konzessionen auf kirchenpolitischen Gebiete in absehbarer Zeit gelingen könnte, die Interessenverehrung der sehr verehrten Kollegen vom Centrum zu lockern. In der ultramontanen Presse wird der Gedanke gepflegt, daß der preussische rocher de bronze doch nur ein launisches Kunstprodukt sei gegen den Felsen Petri. Diesem Gedanken möchten wir keine Unterstützung gewähren. (Beifall bei den Nationalliberalen. Lachen links und im Centrum.)

Ministerpräsident, Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Ich will zunächst bemerken, daß ich mit meiner Neuerung über den Luxus einer unabhängigen Meinung durchaus keine Kritik und keinen Tadel verbunden habe, sondern eher den Ausdruck einer Art von Reid über die Freiheit der Bewegung, die den Herren eigenthümlich ist, und auf die ich verzichten muß. Sobald ich aber einige Ansichten des Herrn Vorredners richtig stellen. Er fragt mich, ob ich denn wirklich Vertrauen habe zu den Mächten, mit denen wir kontrahieren. Wir haben keinen Vertrag gemacht, wie ich schon vorher bemerkt, ein Kontrahieren ist nicht vorhanden, und wie weit ich Vertrauen habe, habe ich vorher auch gesagt; ich habe Vertrauen zu dem jetzt regierenden Paps. Daß wir, daß auch ich wie jeder andere Kluge an Klugheit im Vatikan meinen Meister finde, bestritte ich hier gar nicht; ich strebe auch gar nicht, mit dem Vatikan an Klugheit oder an Schlaueit zu wettern. Mein Ziel ist nur, auf einem Gebiete meinen Meister nicht zu finden, auf dem der Fürsorge für das Wohl meines eigenen Vaterlandes (Bravo!) Der Nachhall des Kampfes, der aus der Loar-t des Herrn Vorredners sprach, ist mir vollständig erklärlich und unsympathisch; ich könnte ihn theilen, wenn ich nicht Minister wär, aber da ich Minister bin, muß ich meine Gefühle unterdrücken und mich vor allen Dingen, aber wenn möglich auch meine Landesleute und Mitarbeiter loslösen von dem Zusammenhange mit dem Kampfesjorn der Vergangenheit; ich möchte diese jetzige Situation frei machen von dem Einfluß der Erinnerung. Es handelt sich nur darum, ob es uns nicht gelingen wird, das Gefühl, daß wir alle Deutsche und Landesleute sind, höher und stärker in uns lebendig zu machen als das Gefühl, daß wir verschiedenen Konfessionen angehören. (Vehement Bravo rechts.)

Abg. Richter (für die Vorlage): Ich habe umso weniger Bedenken, mich in die Auseinandersetzungen zwischen dem Reichskanzler und den Mittelparteien einzumischen, als es doch schließlich besten wird: Demum keine Feindschaft nicht. Die Haltung des Reichskanzlers wird immer künstlicher. Im Herrenhause sagte er, weil ich hier Mitglied dieser Körperschaft bin und nicht als Minister zu entscheiden habe, stimme ich für die Vorlage, und soeben sagte er, weil ich hier Minister und nicht Nationalliberaler bin, trete ich für die Vorlage ein, wenn ich Nationalliberaler wäre, wüßte ich nicht, was ich dann thun würde. (Heiterkeit.) Die Vorwürfe im Herrenhause und hier gegen uns waren zwar erregt ausgesprochen, aber wir können uns am Ende mit den übrigen Parteien trösten, welche mit dem Reichskanzler zusammenstimmen und später kaum dem Vorwurf entgangen sind, Mißerfolge herbeigeführt zu haben. So soll sein Mitarbeiter Delbrück die falsche Vollgesetzgebung veranlaßt haben und Fall, es konnte kein anderer gemeint sein, hören wir heute, hat die kirchenpolitischen Gesetze zu juristisch und nicht politisch genug formulirt. Daraus seien die Fehler entstanden. Das ist eine alte Erfahrung für alle, die mit dem Herrn Reichskanzler politisch zu thun haben: die Ehre, der Erfolg für den Reichskanzler stets, der Mißerfolg, die Fehler stets für die anderen Mitarbeiter (große Unruhe rechts; Rufe: Was! lächerlich!) und das ist eine Warnung für alle, nicht zu weit auf den Bahnen, die der Herr Reichskanzler zeitweilig einschlagen besteht, ihm nachzugehen. Die Novelle von 1880 ist angenommen worden unter der Unterstützung der nationalliberalen Partei. (Bravo bei den Nationalliberalen.) Der Theil derselben, welcher später die liberale Vereinigung bildete, stimmt mit uns geschlossen. Die Herren von Lynern und Cury aber gaben den Ausschlag, denn

das Gesetz wurde mit 204 gegen 202 Stimmen angenommen. Damals, nicht heute, ist die einschneidende Wendung in der Kirchenpolitik eingetreten und es handelt sich jetzt allerdings nur noch um die Aufklärung von Schutt und Trümmern. Ich habe von jeder auf diese Angelegenheit keinen besonderen Werth gelegt. Ich habe seiner Zeit gegen die Aufhebung des Art. 18 der Verfassung gestimmt, weil ich es für verkehrt hielt, daß der Staat sich einmischte in die Personalien der Geistlichkeit, was das zu Gebührgen führt, ohne daß politisch damit etwas erreicht wird. Ich würde eine Gesetzgebung, die uns vorgelegt wird in der Form eines Vertrags mit einer auswärtigen Macht in Fragen, wo es sich um eine Staatsaufsicht gegenüber den eigenen Staatsbürgern handelt, ablehnen, auch wenn sie mir inhaltlich gefiele. Ich würde auch gegen diese Vorlage stimmen, wenn sie die Natur eines Kontrats hätte. Nun hat der Herr Reichskanzler im Herrenhause erklärt, daß die Autonomie des Staates auch bei dieser Vorlage vollkommen gewahrt ist, doch ist der späteren Gesetzgebung durchaus unbenommen bleibt, andere Wege einzuschlagen. Er hat Verhandlungen mit der Kurie so charakterisirt, daß es bei denselben darauf ankomme, die Stimmung des obersten Leiters der katholischen Kirche, wie er sich ausdrückte, zu sondiren. Diese Fragen, so einfach und nüchtern sie sind, haben doch eine große Erregung im Volke erzeugt, die sich zum Theil im Hause widerspiegelt hat. Die Erregung, namentlich in protestantischen Kreisen, löst sich an die Art, wie die Vorlage entstanden ist. Wäre sie unmittelbar an das Abgeordnetenhause gekommen, so hätte sie hier zu erregten Kämpfen geführt, aber es wäre nicht diese allgemeine Erregung entstanden. Die Vollstimmung hat die Vorlage weniger kritisch ins Auge gefaßt, sie erinnert sich eher an die früheren Neuerung des Reichskanzlers. Es ist ja sehr wahr, daß es stenographische Berichte giebt (Sehr wahr! Heiterkeit!); aber das Wort: „Nach Kanossa gehen wir nicht!“ im Volke haften geblieben, während man vieles Andere vergessen hat. Da kann der Reichskanzler, auch wenn das damals nicht vorhanden wäre, sich nicht beklagen, wenn im Volke die Erinnerung wieder lebendig wird an seine früheren Aussprüche, worin er gewisse Machen den historischen Gegensatz zwischen Paps und Kaiser in die Frage hineintrug, wenn die Aussprüche sich gegen ihn selbst lehren. Nun kann man mir sagen: Wir machen die Gesetze nicht bloß für diese Regierung, es kann auch eine künftige Regierung diesen Gesetzen eine andere Wirkung geben. Tritt aber irgend ein Ministerwechsel ein und hätte er zur Folge, daß andere kirchenpolitische Anschauungen maßgebend würden, würde z. B. auch eine nationalliberale Regierung diese Gesetzgebung aufgeben in der Lage sein, nachdem sie einmal auf dieser Weise diskreditirt worden ist. Denn die Möglichkeit der Aufrechterhaltung erbeutet eine gewisse Autorität, nicht die Macht zu strafen. Wenn aber der leitende Staatsbeamte, der die Gesetze eingeführt, der nur durch die Macht seiner Persönlichkeit sie zur Annahme gebracht hat, sie jetzt aufgeben will, dann ist seine Regierung mehr im Stände, später die Gesetze in dieser Weise zu handhaben, wie sie ursprünglich gegeben sind. Ich meinerseits, der ich dieser Gesetzgebung von vorn herein wenig sympathisch gegenübergefunden habe, welche mit mir selbst in Widerspruch kommen, wenn sie jetzt, nachdem der Reichskanzler selbst diese Gesetzgebung aufgiebt und nach den gemachten Erklärungen, die ich schon 1873 in einem offenen Brief an meine Wähler als Befürchtung hinstellte, mich jetzt begreuen sollte, um gegen den Reichskanzler diese Gesetze aufrecht zu erhalten, und so werde ich für das Gesetz, wie es vorliegt, stimmen. (Beifall links.)

Ministerpräsident Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Der Herr Vorredner steht natürlich mit einer gewissen Sorge und Kummer auf diese Vorlage und deren Annahme. Herr Abg. Richter kritisiert mein diplomatisches Verhalten auf einer Weise — ich möchte sagen, als wenn ein Vampassat diplomatische Note zerpfückt mit seinen länderlichen Klauen. Er zählt auf, was ich für lächerliche, ungläubliche Dinge gethan habe, und was ist es schließlich? Die einfachste, lächerlichste, bösschste Diplomatie habe ich getrieben. Ich habe diejenigen Argumente verwandt, welche geeignet sind, Wünsche zu unterstützen; es sind Noten geschrieben worden, die — lächerlich — die Noten haben Gründe gehabt, die berechnet waren, das Ziel zu erreichen, das die Regierung gestrebt hatte. Der Herr Abgeordnete hat angenommen, er hätte behauptet, er hätte mich seiner Zeit verübert. Meine Herren, die Verfassung ist mir immer in einer anderen äußeren Erscheinung vorgekommen. (Große Heiterkeit.) Es ist nicht nöthig, ein heiliger Antonius zu sein, um da zu stehen, aber abgedreht hat er mich diesmal auch nicht auf den Gründen, auf die ich kommen werde. Er hat mich dann erwartet, daß ich dem Paps schmeichle, er scheint gewöhnlich gewohnt zu haben, daß ich mit einer gewissen kulturlämpfenden Grobheit dem Haupte der katholischen Kirche gegenüber trete. (Heiterkeit.) Nun, daß er sich darüber wunderte, daß ich einem fremden Souverän, mit dem wir in Freundschaft leben wollen, mit dem wir Freundschaft anstreben, bösschlichen Ausdrücken spreche, das überrascht mich; er selbst in derselben Lage, dem Herrn Abg. Windthorst gegenüber, aber dem schmeichelt er (Heiterkeit rechts) mehr als der Herr Abg. Windthorst dem Abg. Richter schmeichelt. Und ich würde sehr dankbar sein, wenn er sich nicht gewöhnt hätte, mich in dieser Situation lieber krank zu werden. (Große Heiterkeit.) Es liegt ja in der Zeit, es auch kein ungewohntes Mittel bei seinen Fraktionsgenossen in anderen Gelegenheiten, daß man nicht vorhanden ist; man bringt die Geschäfte aber nicht um. Bei dieser Gelegenheit wäre ich an des Abg. Richter Stelle unwohl gewesen. (Heiterkeit rechts. Jurus des Abg. Richter: Schwach!)

Darauf wird die Berathung verlagert. Es folgen noch persönliche Auseinandersetzungen zwischen dem Abg. Richter und dem Ministerpräsidenten Reichskanzler Fürst v. Bismarck. Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der ersten Berathung der Kirchenpolitischen Vorlage.)

### Lokales.

Krankenversicherung der Arbeiter. Viele Arbeitsschäftigen, glauben aller Fürsorge für die Versicherung der Personen überhoben zu sein, wenn dieselben nur einmal den Anforderungen des § 75 der Krankenversicherung genügenden freien Hilfsstoffe beigetreten sind. Diese Arbeitsschäftigen aber irrthümlich. Denn mit dem Tage, an welchem der

treffende  
er nach  
Mittags  
Ordnung  
a. a. D.  
einmalig  
der Ab  
beiter u  
Aufwen  
Beitrag  
lann ein  
in Folg  
Wung  
Hiernach  
Nachbe  
glibche  
kontrolir  
Un  
Partei  
sich nach  
Rach  
eine  
Berl  
welche  
herrn  
landesh  
Erwerb  
von der  
einer U  
Otto de  
Ripend  
bracht n  
laurer.  
Karlgr  
geld und  
von ein  
auslegt.  
Bürger  
unbesti  
leuten.  
Partei  
und br  
meistern  
Wilsber  
buden,  
Deuten  
verdot  
Städter  
Berlino  
des St  
schäftig  
mard en  
zur Er  
legung  
pachet.  
Stättge  
Bläym  
pachet  
ist glän  
Stelle  
mission  
eine lei  
gestern  
zu einer  
Zentral  
waren  
angelan  
müsse n  
Krisch  
hypraul  
mi fion  
leinen i  
meißble  
laufen  
sehen h  
zur ni  
der  
Gändler  
Rechte  
Zammer  
mit dem  
diese n  
Blüche  
braufg  
fertiger  
der Köp  
anderen  
in den  
Ansprech  
ebenfall  
richtung  
U. late  
angeba  
sein d  
Vorrede  
De  
gikat  
Nenlon  
wenn es  
dadurch  
machen.  
beamtet  
Reinb  
Plan d  
spann  
In  
angebit  
Ereche  
dinas  
der Pa  
einer g  
dieser  
sehr ve  
in Kraf  
Vollstän  
und gel  
die Wo  
nach die  
den me  
lage v  
sein, d  
der No  
hin löst  
wenzler  
büchsen  
schalt,  
liegen  
Rasse  
Telegra  
Di  
so für  
wohl a  
dort u  
Renob  
menlich



Beil sich der sachverständige Zeuge auf der Reife nach dem Auslande befand, wurde ihm der Eid abgenommen und schon am folgenden Tage, am letzten Donnerstag, befand sich Quatit auf freiem Fuße. Das Verfahren gegen ihn wird zweifellos eingestellt werden.

**Befehl gerichtlicher Obduktion** ist am gestrigen Tage die Leiche einer hiesigen in der Ballhausstraße wohnenden circa sechsjährigen Wittve Gutte in die forensische Abteilung des neuen Leichenhauses eingeliefert worden. Den Bewohnern des genannten Hauses war es aufgefallen, daß die Wittve seit einigen Tagen sich nicht hatte sehen lassen und auf erfolgte Anzeihe sich dabei die Polizei gestern die Deffnung der betreffenden Wohnung bewirkten. In derselben fand man die Vermählte als Leiche in ihrem Bette liegen, und zwar mußte, nach Befund an urtheilen, der Tod bereits am Sonntag eingetreten sein. Da ein von Hausbewohnern herbeigerufener Arzt die Todesursache nicht festzustellen vermochte, so erfolgte auf Anordnung der Behörde die Ueberführung der Leiche nach dem oben genannten Institut.

**Zurückgelassenes Kind.** Am 25. v. M. hat eine unbekante, etwa 30 Jahre alte Frauensperson von mittlerer Größe, mit dunklem Haar, bescheidet mit einfachem grauen Kleid, in der im Hause Göttenstr. 13 belegenen Wohnung einer Maurersfrau ein circa 7 Monate altes Mädchen unter dem Versprechen zurückgelassen, dasselbe bald abzuholen. Das Kind war mit einem schwarzen und weißfarbigen und mit blauer Einfassung versehenen Tragekleid, sowie mit einem rothbraunen Unterrock bescheidet. Da die Frauensperson zur Abholung des Kindes bis jetzt noch nicht erschienen ist, so wurde letzteres dem Großen Friedrichs Waisenhaus übergeben.

**Einen bedauerlichen Fund** machte am Sonntag früh hinter Friedrichsberg auf der Frankfurter Chaussee der Gendarm Renné. Derselbe machte seinen Patrouillengang die Chaussee entlang in der Richtung nach Friedrichsfelde und fand dort unmittelbar an einem Gartengitter die Leiche eines etwa drei Jahre alten, ärmlich gekleideten Mädchens. Da an der Leiche keine Verletzungen sichtbar, so bleibt nach der Ansicht des die Leiche untersuchenden Arztes vorläufig nur die Annahme übrig, daß das Kind sich verlaufen, vor Mitternacht spät Abends sich dorthin gelegt und während der kalten Nacht erfroren ist. Trotz aller Bemühungen ist es im Laufe des Sonntags nicht gelungen, Angehörige des Kindes in Friedrichsberg oder Lichtenberg zu ermitteln. Dasselbe scheint demnach aus Berlin sich verlaufen zu haben.

**Feine Rowdies.** In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurde durch einen Wächter des 37. Polizei-Reviers ein Kaufmann nach der Sanitätswache in der Marlagrasstraße gebracht, welcher eine klaffende, stark blutende Wunde über dem linken Auge hatte. Ihm mußten vier Nähte angelegt werden. Wie ermittelt wurde, hatte der Verlegte die Wunde bei einer Schlägerei mehrerer „Herren“ erhalten, und zwar durch das untere Ende eines starken Spazierstockes.

**Marktallens-Bericht** von F. Friedmann, Konfessionierter Verkaufsvermittler. Berlin, Zentral-Markthalle, den 4. Mai 1886. Die Zufuhren zu den Auktionen der konfessionierten Verkaufsvermittler umfassen heute schon größere Quantitäten und so entwickelte sich bereits ein recht lebhaftes Auktionsgeschäft. Es wurde heute die erste Fleischauktion abgehalten, in der die Waare Rind- und Schweinefleisch zu normalen Preisen abging und von Kleinhändlern und größeren Konsumenten gekauft wurde. Auch Geflügel, Hühner mit 1,75 M. und Rauchwaren, fanden schlanke Abzug. An Spargel war Mangel, die Preise zogen zu 80 P. an, Fische und Schwämme gingen zu regulären Preisen fort, frische Gemüse sind noch rar und Früchte fehlten fast gänzlich. Butter, Käse und Eier waren in nur mäßigen Quanten zugefugt, die Preise hielten sich in den üblichen Grenzen.

**Wasserstand der Spree** in der Woche vom 18. bis 24. April 1886. (Angabe in Metern.)

Tage	18./4.	19./4.	20./4.	21./4.	22./4.	23./4.	24./4.
Am Oberbaum	2,94	2,92	2,90	2,89	2,85	2,81	2,78
Dammühle, Oberwasser	2,84	2,81	2,78	2,78	2,73	2,70	2,65
Dammühle, Unterwasser	—	1,92	1,91	1,89	1,81	1,74	1,65

**Polizei-Bericht.** Am 3. d. M. Vormittags wurde der laubstümme Schumacher Act an der Ecke der Königs- und Neuen Friedrichsstraße von einem Wagen der Brauerei Humboldtbahn überfahren und so schwer am Kopf verletzt, daß er auf ärztliche Anordnung nach der Spieritee gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit wurde am Gerglerplatz in der Schönhauser Allee das Pferd des Schläichters Schollain bei dem plötzlichen Einsetzen der Kugel einer marschierenden Truppen-Abtheilung scheu und ging durch. Schollain fiel vom Wagen, geriet unter die Räder und erlitt Verletzungen am linken Fuß. — Am Nachmittag desselben Tages wurde der Hausdiener Kluge vor dem Hause Potsdamerstr. 18 durch den Wagen eines in übermäßiger schneller Gangart hinter ihm fahrenden Schläichters überfahren und an den Händen und am linken Fuß verletzt.

## Gerichts-Zeitung.

† „Bäckerpaul“. Bilder aus dem Verbrecherleben entrollte eine Verhandlung, die gestern vor der Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Auf der Anklagebank saßen zwei junge Menschen, eine vierzigjährige Frau und ein älterer Mann; die Siebler, der Dehler und die „Schmierzeherin“. Mit Ausnahme der Frau, die nur wegen Verstoße gegen die Kontrolle der Sittenpolizei verurtheilt ist, verfielen die anderen über ein großes Sündenregister; die jungen haben aber länger im Gefängnis gefesselt, als der ältere Mann. Bei den beiden Dieben findet sich auch dieselbe Steigerung der Strafen; zuerst sind beide wegen ganz geringer Eigentumsvergehen mit Haftstrafen belegt worden, dann steigert sich die Schwere des Vergehens und der Strafe. Mit dem Zuchthaus hat aber nur der Eine — sein Spitzname in der Verbrecherwelt ist Bäckerpaul, mit seinem vollen Namen heißt er Paul Seligmann — Bekanntheit gemacht. Beide haben außerdem eine Reihe von Haftstrafen wegen „Betteins und Landstreichens“ abgemacht. Der ältere Mann ist ausschließlich wegen Hehlerei verurtheilt, seinen Beruf bezeichnet er als Handelsmann. Die Frau oder richtiger das Mädchen spricht mit stark polnischem Akzent, sie ist ohne besonderes Verschulden in diese Gesellschaft geraten, sie hat zufällig die Bekanntheit des Genossen des „Bäckerpaul“ gemacht und nennt ihn ihren „Beliebten“. „Bäckerpaul“ hat sich wegen zweier schweren Diebstähle zu verantworten, die er gemeinschaftlich mit seinen Genossen L. ausgeführt haben soll; er leugnet aber hartnäckig, auch nur das Geringste von diesen Verbrechen zu wissen. L. ist durchweg geständig; er giebt zu, zwei Hohlkördchen von geringem Werth von der Thür eines Ladens abgenommen und sie dann weiter veräußert zu haben. Ebenso erzählt er ausführlich und mit Beachtung seines Komplizen, wie die beiden Einbruchdiebstähle vor sich gegangen sind. Am frühen Morgen des letzten Neujahrsabends sei er und der „Bäckerpaul“, den er im „Nip“ getroffen habe, in den Kellerraum eines bereits geöffneten Hauses hinabgegangen, sie hätten eine Kellertür erbrochen und 13 Flaschen Wein entwendet. Einige Flaschen hätten sie sofort ausgeleert und die übrigen dann in ihrer Betrunktheit weiter verkauft. Besonders gut kann der Trunk nicht gewesen sein, denn nach der Angabe des Besitzers — eines Apothekers — hatten die

gestohlenen 13 Weinflaschen einen Werth von 10 M. 50 Pf., trotzdem „medizinischer Tölgel“ sich darunter befunden hat. Der zweite Diebstahl wurde in der Nacht vom 2. zum 3. Januar d. J. ausgeführt. L. hatte in einem Stadtbahndogen an der Jannowbrücke die Winternächte verbracht und eine „Zargenbude“ erndtet, die nicht besonders verwahrt war. Er veräußerte den Seligmann und zwang seine Beliebte unter Drohungen, Wache zu stehen. Das Schloß der hinteren Thür wurde erbrochen, eine Eisenfange entfernt und die Bude ausgeplündert. Zigarten im Werthe von 200 M. fielen den Dieben in die Hände. Der Raub wurde theils veräußert, theils veräußert, theils an den Handelsmann B. verkauft. — Das Urtheil war ein strenges. L. erhielt 2 Jahre 3 Monate Zuchthaus, von denen 3 Monate durch die viermonatliche Untersuchungshaft als verbüßt betrachtet wurde; Bäckerpaul wurde trotz seines Vergehens zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren verurtheilt, der Dehler bekam 9 Monate Gefängnis, von denen er 6 Monate noch abzulösen hat und die „Schmierzeherin“ wurde mit 3 Monaten Gefängnis bestraft, für welche ihr aber die Untersuchungshaft angerechnet wurde. Bäckerpaul erklärt, Revision einlegen zu wollen.

## Vereine und Versammlungen.

**Der Arbeiter-Bezirksverein der Drauzenburger Vorstadt** und des Wedding hielt am 3. d. M. in Kleine's Salon, Gerichtsstraße 10, eine Mitglieder-Versammlung ab. Der Vorsitzende Herr Kunkel bedauerte, daß es ihm nicht möglich war, einen Referenten für den Abend zu gewinnen, welcher bereit gewesen wäre, einen wissenschaftlichen Vortrag zu halten. Der Vorstand habe beschlossen, mehr für wissenschaftliche Vorträge zu sorgen, um die Versammlungen nicht gestört zu sehen. Zu „Verschiedenes“ sprach Herr Kunkel über den bekannten ministeriellen Erlaß. Er wies darauf hin, daß dieser Erlaß nicht geeignet sei, derartigen Gewaltthaten, wie sie bedauerlicher Weise in Belgien vorgekommen seien, vorzubeugen. Dadurch, daß man die Leiter von Streiks als sozialdemokratische Agitatoren bezeichne, würde die Zufriedenheit der Arbeiter nicht sonderlich gefördert. Bei den Neuwahlen des nächsten Redners, Herrn Marx, welcher ebenfalls über den Erlaß des Herrn Ministers v. Bülow sprach, sowie über das Sozialistengesetz sprach, erklärte der überwachende Beamte die Versammlung für aufgelöst.

**Best. 2. Mal.** Heute Nachmittag fand hier unter Vorst. des Herrn Dr. Köllig, eine von der Zeitung der ungarländischen Arbeiterpartei einberufene Volksversammlung in Angelegenheit des Gegenwurfs über den Landsturm statt, die sich zu einer Manifestation für das allgemeine Wahlrecht gestaltete. Es dürften ungefähr tausend Personen am Platze gewesen sein. Als erster Redner trat der Beamte der Arbeiter-Kranken- und Invaliden Kasse Jakob Kürschner auf. Er schilderte die großen Nothen, die durch das in Aussicht stehende Gesetz über den Landsturm namentlich dem arbeitenden Volke aufgedrückt werden. In erster Linie bedrückt den Arbeiter die Sorge um die Erhaltung seiner Familie, wenn deren Erhalter gezwungen wird, den Kriegspfad zu betreten. Jedermann, der mit den Verhältnissen der Arbeiter vertraut ist, weiß wohl, daß der Arbeiter nur in den allerersten Fällen einen Spatzenpfennig zur Seite legen kann. Ist er nur einige Tage ohne Arbeit, so hält schon Noth ihren Einzug in sein Heim. Was wird mit seiner Familie geschehen, wenn er Wochen, vielleicht Monate lang die Waffen zu tragen verhalten wird und v. U. ist gar in die Fremde ziehen muß? Sein Weib und seine Kinder werden elend zu Grunde geben. Die Vorlage über den Landsturm bestimmt nämlich wohl, daß der Staat für die Hinterbliebenen der im Kampfe Gefallenen zu sorgen hat, aber es ist mit keiner Silbe erwähnt, was mit der Familie des Armen zu geschehen hat, die, ihres Oberhauptes für eine längere Zeit beraubt, ihren Unterhalt selbst zu erwerben nicht im Stande ist. Würde in dem Gegenwurfs eine Bestimmung über die eventuelle staatliche Unterstützung der nothleidenden Familien der am Landsturm Theilnehmenden enthalten sein, dann wäre eine Einsprache gegen die Vorlage seitens der Arbeiterschaft überflüssig, denn diese ist der Pflichten gegen das Vaterland sich wohl bewußt. In dieser Beziehung ist aber die Vorlage über den Landsturm mangelhaft und gebietet es das Interesse der Arbeiter, die Landesräthe darauf aufmerksam und dieses Versammlung durch die Einschaltung entsprechender Verfügungen gut zu machen. Leider kann die Arbeiterschaft ihre diesbezüglichen Wünsche nur durch Resolutionen und im Petitionswege kundgeben, denn die ungarländischen Arbeiter entbehren noch immer der politischen Rechte, die ihnen eine Ausnahme auf die öffentlichen Angelegenheiten gewährt würden. Und doch wäre es hoch an der Zeit, dem Arbeiter die so lange vorenthaltenen politischen und bürgerlichen Rechte zu geben, deren sich die anderen Klassen der Gesellschaft schon seit Langem erfreuen. Trägt der arme Arbeiter nicht dieselben Lasten wie der Reiche? Ja, vielleicht in einem noch viel größerem Maße als letzterer, denn die Blutsteuer wird vornehmlich von der Masse des arbeitenden Volkes geleistet. Partispirt der Arbeiter nicht etwa an den direkten und indirekten Steuern, deren Begleichung ihm doppelt schwer fällt? Und trotz alledem erscheint er ausgeschlossen aus dem Parlament, aus den Berathungssälen der Komitate und Kommissen. Diesen abnormen Zuständen kann nur in der Weise abgeholfen werden, wenn die Arbeiter ihre frei gewählten Vertreter in dem Abgeordnetenhause und in den Verwaltungskörpern der Kantipien haben werden. Dies kann aber nur auf dem Wege des allgemeinen Wahlrechtes erreicht werden und deshalb müssen die Arbeiter, von dem Prinzip: „Gleiche Pflichten — gleiche Rechte“ ausgehend, unentwegt und immer wieder das allgemeine Wahlrecht fordern, bis sie endlich dieses Ziel erreicht haben werden. — Stimmischer Applaus folgte den Worten des Redners, worauf dieser der Versammlung die Annahme der folgenden Resolution vorschlug: „In Erwägung, daß die arbeitende Klasse unseres Vaterlandes auch bisher schon außer den direkten und indirekten Geldsteuern mit der Blutsteuer im größten Maße belastet ist; in Erwägung ferner, daß die arbeitende Klasse gegenüber all diesen Opfern seitens der Gesetzgebung bisher mit keinem Rechte theilhaft wurde, und schließlich in Erwägung, daß die Gesetzesvorlage über den Landsturm, wenn dieselbe zum Gesetze erhoben wird, abermals nur die arbeitende Klasse in vollem Maße belastet; erklärt die heute tagende Volksversammlung, daß sie zwar, vom Standpunkte der Vertheidigung des Vaterlandes ausgehend, nicht gegen das Prinzip der allgemeinen Volksbewaffnung ist, jedoch mit dieser Institution insoweit nicht sympathisch sein könne, bis die Gesetzgebung, der Gerechtigkeit entsprechend, den zu leistenden Pflichten auch die entsprechende Rechtfertigung zum Gesetze ertheilt und vor allem das allgemeine Wahlrecht gewährt.“ Als nächster Redner nahm der Buchdruckereibesitzer und Herausgeber der „Arbeiter-Wochenzeitung“ Anton Jürlinger, das Wort, um gleichfalls für die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes zu plaidiren. Es sprachen noch mehrere Redner in ähnlichem Sinne. Nach einem Resümé des Vortrages wurde hierauf die Resolution von der Versammlung einstimmig angenommen. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete die Frage der Vertheidigung der Pariser internationalen Arbeiter-Industrie-Ausstellung. Dr. Köllig legte die Beweggründe dar, welche die ungarländischen Arbeiter dazu bestimmten, auf dieser Ausstellung zu erscheinen. Es gilt den Beweis zu erbringen von der noch immer nicht genügend genährten Leistungsfähigkeit des ungarländischen Arbeiters. Trotzdem die Regierung dem Unternehmen abhold ist und auch die Gesellschaft sich indifferent verhält, glaubt das Exekutiv Komité im Interesse der Arbeiterschaft gehandelt haben, indem es für die Be-

schickung der Ausstellung seitens der ungarländischen Arbeiter wirksam ist und in dieser Beziehung auf die werthvolle Unterstützung aller wahren Arbeiterfreunde hofft. Jakob Kürschner und Anton Jürlinger betonten gleichfalls die große Wichtigkeit der Pariser Ausstellung für die ungarländischen Arbeiter. Es soll gesagt werden, daß deren Erzeugnisse nicht die Konkurrenz mit den ausländischen Fabrikatenerzeugnissen halten können. Aus eben diesem Grunde mußte auch die Anforderung der Wiener Arbeiter-Fachvereine, gemeinschaftlich mit den ungarländischen Arbeitern die Ausstellung zu besuchen, zurückgewiesen werden. Nachdem noch mehrere Redner in ähnlichem Sinne gesprochen, ergriff der Vorsitzende nochmals das Wort, um die materielle Unterstützung des Unternehmens den Arbeitern wärmstens ans Herz zu legen, die jetzt bloß auf ihre eigene Kraft angewiesen sind. In den Ausgangsthüren waren Sammelstellen für Jövede der Pariser Ausstellung errichtet und ist eine ziemlich beträchtliche G. W. Summe eingegangen.

\* **Verein Berliner Mechaniker.** Donnerstag, den 6. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant d. Gorge, Alte Jakobstr. 128, Vortrag des Herrn Dr. Plato, Astronom, über „die Sonne“. Gäste willkommen. Am Sonntag, den 9. Mai, Vormittag 10 Uhr, findet bestimmt die Besichtigung der „Normalapparate“, welche bei der Prüfung von Gasmaschinen angewendet werden, mit erläuterndem Vortrag, im kaiserlichen Normalausgabungsamt statt. Versammlung 9 1/2 Uhr im Endeplatz.

\* **Öffentliche Versammlung sämtlicher Stellmacher Berlins und Umgegend** Mittwoch, den 5. Mai, Abends 8 Uhr, in Gräf's Salon, Brunnerstr. 140. Tagesordnung: Unser Strich.

\* **Boulevardischer Bezirksverein „Vorwärts“** Mittwoch, den 5. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Vereins-Versammlung in Kriegers Salon, Wasserthorstraße 68. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn C. Grönlund. 2. Diskussion über 3. Verchiedenes und Fragen.

\* **Kranken-Unterstützungs-Bund der Schneider (S. d. d.)** Versammlung am Mittwoch, den 5. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Kommandantenstr. 77/79, Grätow's Bierhale (unterer Saal). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1885. 2. Wahl eines Vertrauensorgans. 3. Wahl einer Revisionskommission. 4. Wahl eines Vergütungskomités. 5. Verchiedenes.

\* **Zentral-Kranken-, Sterbe- und Unterstützungsverein der deutschen Zimmerer.** Mittwoch, Abends 8 1/2 Uhr, Kommandantenstr. 77. Tages-Ordnung: 1. Wahl eines Vorsitzenden und Schriftführers. 2. Rassen-Abrechnung. 3. Bericht über den Quittungsbuch legitimit.

\* **Versammlung der Wäsche-Zuschneider heute** Mittwoch, den 5. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, bei Weid, Alexanderstr. 31.

## Kleine Mittheilungen.

**London, 1. Mai.** Nach einem Berichte d-s Handelsministeriums sind auf britischen Dampfern im Jahre 1884/85 707 Menschen untergegangen gegen 614 im vorangegangenen Jahre. Von obigen 707 entfielen 121 Seeleute und 1 Passagier auf vermehrte Dampfer; 46 Seeleute und 4 Passagiere auf strandete Dampfer; 74 Seeleute und 23 Passagiere verloren ihr Leben in Folge von Kollisionen, und durch andere Ursachen blieben 37 Seeleute und 3 Passagiere ihr Leben.

**Wien, 30. April.** Die „Wiener Allg. Ztg.“ erzählt, daß im allgemeinen Krankenhaus seit Kurzem einige Personen an einer äußerst selten vorkommenden gefährlichen Krankheit niederklagen. Es ist dies die epidemische Genickstarre, an welcher zwei Personen bereits erlegen sind. Die Professoren N. B. und Bamberger sind der Ansicht, daß das epidemische Auftreten dieser schmerzhaften Krankheit, die mit einem tödtlichen Prognose sich sicher Fälle verläuft, außer in dem Krankenhaus schlechter Wohnungen, vornehmlich im schlechten Trinkwasser suchen ist. 1865 trat diese Krankheit zum letzten Male in Niederösterreich 20 solche Fälle gemeldet werden, bei denen der Sanitätsreferent der Statthalterei beauftragt wurde, die dorthin begeben.

## Lezte Nachrichten.

Der „Nat. Ztg.“ telegraphirt man aus Paris, d. d. 2. d. M. Abends: Daß der revolutionäre Kandidat Roche bei der gestrigen Erswahl in Paris mehr als 100 000 Stimmen erhalten hat, verursacht hier einen bedenklichen Eindruck. Rocher wird behauptet, die Monarchisten hätten nicht selten die Wahltheilnahme weniger als 25 Prozent betragen. Roche daselbst deinde gar keine Stimme erhalten bei den Allgemeinen haben nur 47 Prozent der eingeschriebenen Wähler gestimmt.

Während die allgemeine Stimmung in England sich und mehr mit den allerdings sehr wesentlich modifizierten Reformplänen Gladstones zurechtfindet, so ist die große Mehrzahl der Londoner Blätter, die in diesem nicht mehr als die Vertreter der öffentlichen Meinung zu trachten sind, auf der absoluten Verwerfung der Pläne Gladstone's. Wie dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet wird, bezeichnen die Londoner Journale die Adresse, welche Gladstone vor dem Reichstag in Edinburgh richtete, als einen Schritt zur Verweigerung, welchem wahrscheinlich bald die Resolution im Unterhause folgen würde.

Der Streik der Arbeiter der Missouri-Vollm.-Eisenbahn bezieht sich. — Aus Chicago wird vom 3. Mai gemeldet, daß die streikenden Arbeiter eine Fabrik angriffen; es kam zu den die Fabrik verteidigenden Polizeimännern und den streikenden zu einem Zusammenstoß, bei welchem 5 Arbeiter und 4 Polizisten durch Schußwunden verletzt wurden.

Das „Berl. Tagebl.“ urtheilt über die Stellung der Nationalliberalen und der Polen, welche geschlossen gegen die kirchenpolitische Vorlage stimmen werden — letztere wegen darin für Polen enthaltenen Ausnahmestimmungen. Die Nationalliberalen in ihrem Rotum auseinandergehen. Den Freikirchlichen stimmt ein Theil (unter Richters Führung) für, ein anderer Theil (mit Birchow an der Spitze) gegen die Vorlage. Die Mehrheit der Konserwativen, von dem Reichshaupt an, die oppositionelle Minderheit wird der Abgeordnete v. Limburg-Sturum führen. Die Mehrheit der Freikonserwativen deren Standpunkt der Abgeordnete von Redlig-Reutemann legen wird, geht mit den Nationalliberalen.

## Briefkasten der Redaktion.

**H. R., Königsbergerstraße.** Sigenet sich nur zur Expedition, Zimmerstr. 44, aufzugeben.

**M. R. 32.** Wenn bei Beginn des Arbeitsjahres nichts Anderes ausgemacht ist, so gilt 14tägige Kündigungsfrist. Diejenigen Arbeiter, welche nicht in der Lage sind, auf Befehl des Arbeitgebers, sondern bei sich zu arbeiten, fallen im Allgemeinen nicht unter die Bestimmungen des Krankenlaffengesetzes. Die Gemeindebehörde kann die Ausdehnung des Gesetzes auf die sogen. Hausindustriellen. Da für Berlin ein solcher Beschluß unseres Reichstages ergangen ist, hatten Sie weder für Auslösen noch Krankenlängeld.